

Windpark im Heckberger Wald

VON PETER BERGHOFF



Der Heckberger Wald ist das größte zusammenhängende Waldgebiet im Bergischen Land. Wenngleich es durch die Borkenkäferplage stark betroffen war, ist die Bedeutung des zwischen Engelskirchen, Overath und Wiehl liegenden Waldgebietes für die Region von großer Bedeutung.

Gerade hier sollen 8 ca. 270m hohe Windkraftanlagen erstellt werden, damit der Ausbau der Erneuerbaren Energien voranschreitet.

Der Eingriff in die Landschaft ist dabei enorm, denn abgesehen von der Versiegelung großer Flächen durch die Fundamente, die auch nach Beendigung der Nutzung in der Erde verbleiben, ist auch der Bau eines Schwerlastweges durch den Wald notwendig, um die großen Bauteile zu transportieren.

Im größten zusammenhängenden Waldgebiet des Bergischen Landes sollen 8 Windkraftanlagen gebaut werden.

Eigentlich sieht das durch Engelskirchen erstellte Gutachten den Bereich um das Metabolon als möglichen Standort vor, da hier die Infrastruktur bereits vorhan-

den ist. Dass jetzt mitten im Wald 6 Anlagen durch das Stift Ehreshoven in Kooperation mit Abo-Energy sowie 2 Anlagen durch die Katholische Kirchengemeinde St. Peter und Paul Engelskirchen gemeinsam mit REA gebaut werden können, hängt mit den Vorranggesetzen für erneuerbare Energien zusammen.

Gutachten sieht eigentlich Metabolon als Vorrangfläche vor

Der Verein „Bergische Bürger für Naturschutz e.V.“ steht diesem Vorhaben kritisch gegenüber und betont die Gefahren der Windkraft. Dabei ist die offenkundige Zerstörung des Landschaftsbildes nur ein Aspekt.

Der sich großflächig verteilende Abrieb der Rotorblätter, deren ungelöstes Entsorgungsproblem, die dem Rotorschlag zum Opfer fallenden Insekten und Vögeln sowie giftige Stoffe in den Turbinen sind weitere kritische Argumente. Diese bringen die Windenergie insgesamt zunehmend in die Kritik.

Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt ist der geringe Energieernte-faktor (EROI) von etwa 4, der das Verhältnis zwischen der

notwendigen Energie für den Bau der Anlage und dessen über die Lebensdauer produzierten Energie beschreibt.

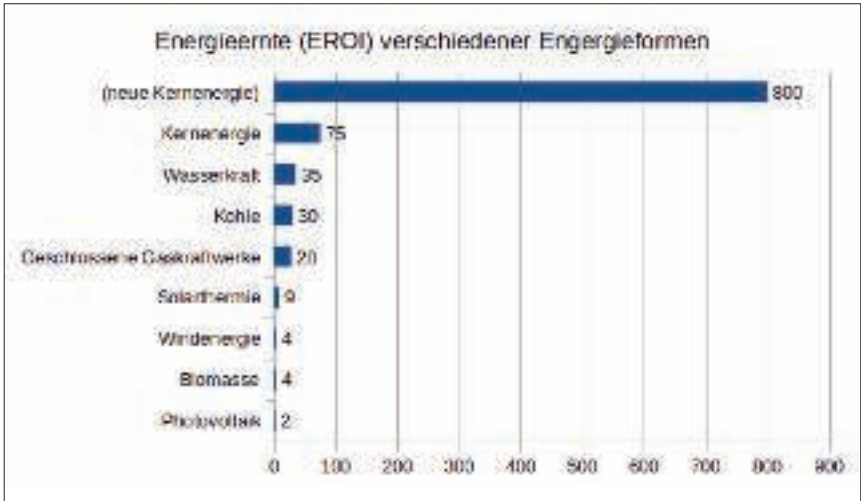
Windkraft steht zunehmend in der Kritik

Dennoch werden die Anlagen wohl gebaut werden. Derzeit werden die regenerativen Energien noch von der Mehrheit der Bürger unterstützt.

Laut **Energiezukunft.eu** empfanden 2024 39,8% der Befragten den Klimawandel als die größte Herausforderung, allerdings mit fallender Tendenz.

31,7 sahen dieses bei der wirtschaftlichen Lage und 31,7 bei der Einwanderung.

Die Realität scheint also auch Deutschland einzuholen.



Debatte um die Unabhängigkeit der Justiz in Deutschland

VON EMIL HOFER

Eine differenzierte Betrachtung

In der öffentlichen Diskussion finden sich immer wieder Stimmen, die die Ausrichtung und Unabhängigkeit der deutschen Justiz in Frage stellen. Es wird vereinzelt behauptet, dass politische Tendenzen, insbesondere eine angebliche „Linkslastigkeit“, die Rechtsprechung beeinflussen und zu einer stillen Veränderung des Staatswesens beitragen.

Im Folgenden werden diese Bedenken beleuchtet und in einen größeren Kontext gesetzt.

Die Rolle der Justiz in der Bundesrepublik

Die Justiz ist eine der zentralen Säulen der Demokratie in Deutschland. Sie ist laut Grundgesetz unabhängig und nur dem Gesetz verpflichtet. Diese Unabhängigkeit soll sicherstellen, dass Urteile frei von politischer Einflussnahme gefällt werden.

Vorwürfe der politischen Schlagseite

Kritiker führen mitunter an, dass Entscheidungen bestimmter Gerichte wiederholt in eine

bestimmte politische Richtung weisen würden. Oftmals beziehen sich solche Wahrnehmungen auf aktuelle gesellschaftspolitische Themen, bei denen Gerichtsentscheidungen auf großes Medien-echo stoßen. Ein Beispiel sind Urteile im Bereich von Demonstrationsrecht, Asylverfahren oder Klimaschutz, die unterschiedlich interpretiert werden.

Die Wahrnehmung der Rechtsprechung

Das Rechtsgefühl der Bevölkerung ist ein wichtiger Indikator

für das Vertrauen in den Rechtsstaat. Es kann sich von der geltenden Rechtslage unterscheiden, da juristische Entscheidungen auf Gesetzen, Präzedenzfällen und differenzierten Abwägungen basieren, während das Rechtsgefühl oft von Alltagserfahrungen und individuellen Vorstellungen geprägt ist. Diese Kluft kann zu Unzufriedenheit führen und Legitimitätsfragen aufwerfen.

Fakten zur mangelnden Unabhängigkeit

In Deutschland werden die

höchsten Richter, jene des Bundesverfassungsgerichtes in einem zweifelhaften Verfahren ernannt. Die CDU, SPD, Grüne und die FDP haben sich verabredet, dass die CDU 3, die SPD 3, Grüne 1 und die FDP ebenfalls 1 Verfassungsrichter vorschlagen. Abgesehen davon, dass diese Aufteilung willkürlich und undemokratisch ist, entspricht sie nicht dem Wahlverhalten der Bevölkerung.

Fortsetzung auf Seite 6

02 | Politik

Deutschlands Bundeswehr ist „blank“! Über Landesverteidigung und ihre Feinde

Gerald Otten, Oberst der Reserve, gehört zu den renommiertesten Abgeordneten der Bundestagsfraktion der AfD und ist Militär- und Sicherheitsexperte seiner Partei, der auf eine glänzende Karriere in der deutschen Luftwaffe zurückblicken kann. Erist Ordentliches Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung der NATO, war in der letzten Legislaturperiode Mitglied im Verteidigungsausschuß und vertritt nun seine Partei im Auswärtigen Ausschuß. Mehrfach stellte ihn die AfD als Kandidaten für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten auf, zu dem er jedoch entgegen den parlamentarischen Gepflogenheiten nicht gewählt wurde, weil alle anderen Parteien des Bundestages eine demokratiefeindliche „Brandmauer“ gegen die AfD praktizieren, die bei der Bevölkerung in Deutschland, zunehmend aber auch im westlichen Ausland auf wachsendes Unverständnis stößt.

Mit Gerald Otten sprach Ex-Deutschlandfunk-Redakteur Bernd Kallina



Gerald Otten wurde am 7. Dezember 1955 in Lübberstedt (Niedersachsen) geboren. Am 1. Juli 1975 trat er als BQ41 in die Bundeswehr ein und diente als Waffensystemoffizier auf den Flugmastern F-4 Phantom und Phantom sowie in den letzten drei Jahren als Flugausbilder im Tri-National Tornado Training Establishment der RAF bei Cottesmore (Großbritannien). Mit 2.000 Flugstunden beendete er im März 1997 als Major seine aktive Dienstzeit. In den folgenden Jahren arbeitete er für die DASA (später Airbus), zuletzt als Verkaufsleiter für den Eurofighter. Zugleich war er weiterhin aktiver Reservist und wurde als Oberst der Reserve außer Dienst gestellt. Gerald Otten ist verheiratet und hat einen erwachsenen Sohn. Im Jahre 2013 trat Otten in die AfD ein und baute an entscheidender Stelle den Kreisverband München-Land auf. Bei den Bundestagswahlen 2017, 2021 und 2025 war er Direktkandidat der AfD im Wahlkreis München-Land und zog über die Landesliste in den Deutschen Bundestag ein. Von 2017 bis 2025 war u. a. Mitglied im Verteidigungsausschuß. Seit der 21. Legislaturperiode ist er Mitglied im Auswärtigen Ausschuß.

Herr Otten, Sie kamen 1975 zur deutschen Bundeswehr. Das war eine noch stark von der 68er Bewegung geprägte Zeit. Viele Angehörige dieser Generation verweigerten den Wehrdienst, nur wenige meldeten sich freiwillig. Was hat Sie damals motiviert Soldat zu werden?

Für mich stand die Entscheidung Soldat zu werden schon relativ früh fest. Bereits im jugendlichen Alter wußte ich, daß ich offizier bei der Bundeswehr werden wollte. Konkret: es mich zur Luftwaffe zog, weil ich unbedingt fliegen wollte. Die damals dominierenden linken Bewegungen, vielfach bundeswehrfeindlich eingestellt, hatten auf mich keinen Einfluß, im Gegenteil! Mein fester Entschluß Soldat zu werden war unumstößlich und so trat ich ganz bewußt und mit innerer Bejahung den Wehrdienst bei der Bundeswehr an.

Welche Erinnerungen während Ihrer soldatischen Grundausbildung sind Ihnen noch heute gegenwärtig?

Das sind Erinnerungen an längere Fußmärsche mit schwerem Gepäck in der Sommerhitze des Jahres 1975. Aber das machte mir nichts aus, meine Kameraden und ich sahen

das als Herausforderungen, die wir als junge Männer zu bestehen hatten. Auch war ich damals ziemlich fit, nicht zuletzt durch mein Karatetraining, und so war ich auf die körperlichen Strapazen, die mich immer wieder bis an die Leistungsgrenzen führten, sehr gut vorbereitet. Hinzu kam eine gelebte Kameradschaft. Wir waren ja mit acht bis neun Mann in einer Stube untergebracht. Alle kamen aus verschiedenen Familienverhältnissen, hatten unterschiedliche Schulabschlüsse – vom Abiturienten bis zu Absolventen von Volks- und Realschulen. Man fand aber gut zueinander, weil wir alle vor gleichen Herausforderungen standen. Das Erfolgsrezept bestand im kameradschaftlichen Zusammenwirken der soldatischen Gemeinschaft. Diese Erlebnisse in der Grundausbildung bei hohen körperlichen und geistigen Anforderungen schweißten uns wirklich zusammen. Insofern habe ich diese Zeit in guter Erinnerung.

Nach der deutschen Wiedervereinigung 1989/90 wurde die Bundeswehr regelrecht kaputtgespart. Der Inspekteur des Heers, General Alfons Mais, brachte die Lage 2022 mit den Worten auf den Punkt: „Wir sind blank!“. Kritiker dieser Entwicklung werfen den etablierten Regierungsparteien hierbei staatspolitisches Versagen vor, auch ahistorisches Denken.

In der Tat spielte die Zeit der Wiedervereinigung für diese negative Entwicklung eine zentrale Rolle. Als die Mauer gefallen war und sich der Warschauer Pakt auflöste, machte das geflügelte Wort die Runde „Wir sind jetzt nur noch von Freunden umgeben!“ Das war jedoch eine Fehlannahme, gespeist auch aus einem geschichtsfremden Denken. Viele glaubten damals tatsächlich, daß jetzt der ewige Frieden ausgebrochen sei. Da erschienen Bücher wie jenes von Francis Fukuyama vom „Ende der Geschichte“ und selbst bei meinem Aufenthalt 1990 an der Führungsakademie der Bundeswehr kam eine grundsätzliche Diskussion bei den Soldaten auf, wozu wir eigentlich noch unsere Armee brauchten. Es herrschte auch in Kreisen des Militärs die Meinung vor, daß die Abschreckung während des Kalten Krieges funktioniert habe und man nun die Bundeswehr stark zurückfahren könne. Dann

kam noch der Aufbau Ost hinzu, der sehr viele Ressourcen erforderte und so diente der Verteidigungsetat als Steinbruch für massive Einsparungen. Langfristig hat das dann dazu geführt, daß der zitierte Heeresinspekteur mit der Klage auffiel „das deutsche Heer ist blank!“ allerdings muß hier nachgefragt werden, warum das seitens der hohen Generalität überhaupt zugelassen wurde. Warum hat sie zur Abwärtsspirale mehr oder weniger geschwiegen?

Fehlte etwa „Männermut vor politischen Königsthronen“ seitens des Militärs?

Leider ja! Der wäre dringend nötig gewesen, aber da hat man lieber auf seine Karriere geschaut und Widerworte vermieden, sie wären ja schädlich für den Aufstieg gewesen und da wollte sich keiner in die Nesseln setzen. Diese unerfreuliche Gemengelage hat die Bundeswehr dorthin gebracht, wo sie heute steht: Sie ist weder zur Landesverteidigung noch zur Bündnisverteidigung in angemessener Weise fähig!

Haben tatsächlich alle angesichts der erkennbaren Misere geschwiegen?

Einer der wenigen, der zumindest intern vernehmbar Kritik übte, war General Leidenberger, zur Zeit von Ursula von der Leyen als Verteidigungsministerin. Er wehrte sich u.a. gegen die Aussage der Ministerin, dass es ein Haltungsproblem und offensichtlich eine Führungsschwäche in der Bundeswehr gäbe. Auch der frühere Luftwaffeninspekteur, Karl Müllner, wurde von von der Leyen in den einstweiligen Ruhestand versetzt, nachdem er ihr in der Diskussion um ein neues Kampfflugzeug für die Luftwaffe öffentlich widersprochen hatte, wohlgerne sachlich fundiert und klar begründet.

Das „Fremdeln“ mit allem Militärischen gehört zum guten Ton in unserer pazifistisch geprägten Gesellschaft, vor allem bei den sogenannten „Kultur-Eliten“. Eine führende Sonntagszeitung schrieb vor einem Jahr „Verteidigung gilt in der SPD als rechts!“ Woher kommt diese Aversion?

In der SPD hat das eine lange, un-erfreuliche Tradition, die ist mehr als 100 Jahre alt. Sie ist

gezeichnet von Aversionen gegen die Obrigkeit, gegen das Militär, gegen das Kaiserreich, in dem sie als Oppositionspartei verfolgt wurde. Daher die Schwierigkeiten eines Großteils der Sozialdemokraten, ein normales, realpolitisches Verhältnis zu den Streitkräften aufzubauen. Auch zur Polizei gibt es Vorbehalte. Insbesondere als Folge des Zusammenbruchs Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg, der totalen Niederlage von 1945, hat sich in Deutschland eine pazifistische Grundströmung entwickelt nach dem Motto: Militär führt zu nichts Gutem, bringt nur Krieg und Elend. In gewisser Weise war das psychologisch verständlich. Wir haben heute 70 Jahre Bundeswehr und zu deren Gründungszeiten 1955 war die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik bekanntlich stark umstritten...

.. aber ein Staatsmann wie Kanzler Adenauer setzte sie gegen erhebliche Widerstände letztlich erfolgreich durch...

Und das war klug von ihm! Er hat damit die Westbindung durch Aufnahme in die Nato erreicht und Deutschland in die Gemeinschaft der Staaten zurückgeführt. Nichtsdestotrotz, Teile der Bevölkerung, spätestens seit der einflussreichen 68er Generation, hatten immer einen erheblichen Vorbehalt gegen die Armee des demokratischen Deutschlands. Das war tief in den verschiedensten Mentalitäten verankert und über den neo-marxistischen Marsch durch die Institutionen linker und links-extremer Gruppen verfestigte sich diese Strömung im Staat und – vor allem – in den Massenmedien. In den tonangebenden deutschen Leitmedien hatte die Bundeswehr über all die Jahrzehnte ihres Bestehens einen schweren Stand. Meist wurde ablehnend, selten sachlich über sie berichtet. Viele der Journalisten waren schon damals Wehrdienstverweigerer und auch bei den Journalistinnen überwog ablehnende Skepsis gegen alles Soldatische. Das ist im Prinzip bis heute so geblieben.

Nochmals zur deutschen Sozialdemokratie: Da gab es seit Gründung der Bundesrepublik nicht nur ablehnende Haltungen zu den demokratisch legitimierten Streitkräften, denken Sie nur an Kanzler Helmut Schmidt,

der vorher Verteidigungsminister war und heute ob seiner realistischen Vorstellungen zur Migration und Sicherheitspolitik als „rechts“ gelten würde...

Sicherlich, auch der Sozialdemokrat Georg Leber war ein guter und überzeugender Verteidigungsminister. Diese Zeiten liegen aber lange zurück. Die pazifistischen und wehrfeindlichen Kräfte in der Partei waren und sind nach wie vor sehr stark. Denken Sie an den inzwischen abgetretenen SPD-Bundestagsfraktionschef Rolf Mützenich, der sich jahrelang gegen jede Form von moderner Rüstungsausstattung der Bundeswehr aussprach.

Er hatte die F-35-Beschaffung verhindert, er agierte gegen bewaffnete Drohnen, was sich heute als besonders fatal herausstellt, wenn wir an das Gefechtsfeld im Ukraine-Russland-Krieg denken. Zwar hat man inzwischen einige Blockadepositionen aufgegeben, allerdings nur den Umständen geschuldet. Nach wie vor dominiert in der Partei ein tiefer Pazifismus und – vor allem auch – ein realitätsfremder anti-Militarismus, der sich gegen unsere Streitkräfte richtet. Das kann man auch am gegenwärtigen SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius festmachen, der, ganz im Interesse der Sicherheit unseres Landes, die Wehrpflicht wieder einführen wollte, sich aber damit nicht durchsetzen konnte, zumindest bis jetzt.

Das 100 Milliarden Euro schwere Sondervermögen (d.h. Sonderbudget) für die Bundeswehr, gewährt in Reaktion auf den Russland- Ukraine-Krieg 2022, ist das eine, aber wo bleiben die Aktivitäten für die geistige Landesverteidigung, für eine geänderte mentale Einstellung – vor allem – bei der wehrfähigen Jugend in Deutschland?

Damit sprechen Sie das Kernthema an, wenn es um die Wiedererlangung von Verteidigungsfähigkeit geht.

Wir messen die Kampfkraft einer Armee ja an mehreren Faktoren.

Der eine ist die materielle Ausstattungsfra-ge, d. h., verfügt die Streitkraft über moderne Waffensysteme, mit denen sie einen potentiellen Gegner abschrecken kann, ist sie fähig, im Ernstfall im Gefecht zu bestehen?

Der andere Faktor besteht in der Ausbildung der Soldaten, der einen Höchststand haben muß. drittens: Wie stark ist der Wille zum Einsatz, wie ist die Bereitschaft im Ernstfall für unser Land zu kämpfen, für das eigene Leben, für die Familie und die Angehörigen, also das klassische Wehrmotiv! All das ist vor allem im heutigen Deutschland, aber auch im benachbarten Österreich, schon seit Jahrzehnten gefährlich unterentwickelt!

Der verstärkte Einsatz vonwerbenden Jugendoffizieren genügt nicht?

Mit Sicherheit nicht! Und ich komme erneut auf die pazifistische Einstellung in der Gesamtgesellschaft zu sprechen, die auch empirisch nachzuweisen ist. Seit Jahren werden Befragungen zur Verteidigungsbereitschaft in der deutschen Bevölkerung vom Gallup-Institut durchgeführt. Da gibt es Staaten mit sehr hohen Werten pro Verteidigung, z.B. Finnland oder in Polen, in diesen Ländern sind die Werte über 70 Prozent. Deutschland hinkt mit spärlichen 20 Prozent hinterher, bei uns ist also nur jeder Fünfte bereit, sein Land mit der Waffe zu verteidigen. Damit sind wir wieder bei einem Grundproblem unserer Staatlichkeit. Es fehlt der ausreichende Wehrwille, für Deutschland und seine demokratische Werteordnung zu kämpfen. Wenn sie keinen tief verankerten Wehrwillen haben, dann gleicht unsere Lage der in Afghanistan, wo über 20 Jahre eine Armee hochgerüstet wurde, ausgestattet mit modernsten westlichen Waffen, die sogar in Teilen sehr gut ausgebildet war. doch diese „Kulissen-Streitkraft“, wie ich sie nennen möchte, kollabierte sofort als die Taliban wieder an die Macht kam. Sie implodierte in kürzester Zeit – ohne dass ein Schuß fiel! Fazit: Sie können noch so viele Hunderte von Milliarden in die Ausrüstung unserer Bundeswehr stecken, wenn das kämpferische Wehrmotiv fehlt, wenn sich eine Gesellschaft nicht mental abwehrbereit aufstellt, dann verfehlt eine Armee ihren Daseinszweck. Der frühere Bundespräsident Joachim Gauck hat kürzlich auf diese Zusammenhänge in erfreulicher Weise hingewiesen. dazu noch folgende Anmerkung: Ich habe einen Teil meiner militärischen Ausbildung in den USA gemacht und dort war die gesellschaftliche Anerkennung der Armee um ein Vielfaches höher als bei uns.

Was haben Sie dort erlebt?

Uniformierte Soldaten wurden z.B. an den Supermarktkassen bevorzugt bedient. Überall schlugen einem dankbare und anerkennende Bemerkungen entgegen, wenn man sich in der Öffentlichkeit in Uniform zeigte. Das ist aber im heutigen Deutschland undenkbar und genau das müssen wir sehr zeitnah ändern!

Nochmal zu diesem 100 Milliarden-Vermögen für die „Zeitenwende-Bundeswehr“. Wer Soldaten an ihren Standorten besucht, hört viele Klagen, z.B.: Trotz der zusätzlichen Milliardenzuwendungen kommt

Notwendiges bei der Truppe oft gar nicht oder nur verzögert an. Ist die deutsche Armee überhaupt von innen reformierbar?

Das ist natürlich eine sehr grundsätzliche Frage. Wenn wir uns das Beschaffungswesen ansehen und die naheliegenden Fragen stellen: Kommt das Notwendige zeitgerecht? Kommt es in ausreichender Stückzahl oder kommt sogar zu viel an, dann rühren wir schon an den wunden Punkten. Wir haben ja in Deutschland die Grundgesetzartikel 87a und 87b, wobei „a“ für die Aufstellung von Streitkräften zur Verteidigung steht und „b“ die gesamte Wehrverwaltung regelt. Das rührt aus den Gründungszeiten der Bundeswehr in den 1950er Jahren her, als man ihr, wie vorhin erwähnt, in großen Teilen mit einem tiefen Mißtrauen begegnete. In dieser Lage wurde Beschaffungswesen getrennt vom Militär organisiert. Man wollte den Soldaten kein Geld in die Hand geben, um ganz praktisch eigene Beschaffungsentscheidungen zu treffen. Man hat das bewußt in eine zivile Verwaltung gelegt. Und diese zivile Verwaltung sollte auch immer eine Kontrollfunktion wahrnehmen.

Sie sprechen jetzt vom umstrittenen Beschaffungsamt in Koblenz?

In der Tat! Durch jahrzehntelange Erfahrung muss ich feststellen, dass diese aus der Gründungszeit der Bundeswehr herrührende Trennung sich als ausgesprochen dysfunktional erwiesen hat. Sie war eindeutig nicht in der Lage ihre wichtigen Aufgaben zu erfüllen. Schon früher nicht und jetzt – mit dem erhöhten Beschaffungsaufkommen – erst recht nicht.

Welche Alternative schlagen Sie vor?

Wir müssen über eine entsprechende Grundgesetzänderung das Beschaffungswesen in die Hände der Militärs zurückverlegen. Meinetwegen mit einer gewissen zivilen Begleitung. Beim Thema Beschaffung kommt aber noch ein anderer, ein wesentlicher Gesichtspunkt hinzu: So soll besonders die Beschaffung von ausrüstungsgegenständen, technischem Gerät, Waffen und Munition quantitativ wesentlich erhöht werden, und das in kürzester Zeit. Aber unsere gesamte wehrtechnische Industrie in Deutschland und in Europa ist nicht in der Lage, die gewünschten Produktionskapazitäten bereit zu stellen, und zwar zeitnah. Das muss alles wieder angeschoben werden und so etwas dauert Jahre, das kann man nicht auf Knopfdruck wieder hochfahren. Es im Schnelldurchgang trotzdem zu versuchen wird scheitern! Außerdem sehe ich eine weitere Gefahr, nämlich, dass man aufgrund der zu geringen eigenen Kapazitäten die notwendigen Rüstungsgüter außer Landes einkauft, dass sie z.B. in die US-Rüstungsindustrie fließen.

Themenwechsel: Falls die Trump-Administration tatsächlich schrittweise zum Entzug des amerikanischen NATO-Schutzschirmes für Deutschland und die

anderen europäischen Bündnispartner schreiten sollte, wie kann dann die atomare Abschreckungslücke geschlossen werden? Soll sich Deutschland in Kooperation z.B. mit Frankreich atomar beteiligen?

Ich halte das für unrealistisch, gerade wenn Sie die Frage nach einer französischen Beteiligung stellen. Ich kann mir das nicht vorstellen. denn letztendlich geht es ja um die Befehlsgewalt zum Einsatz von Atomwaffen. Was ansteht, ist eine überfällige Modernisierung der französischen Nuklearstreitkräfte und da geht es um sehr viel Geld, zudem Deutschland einen erheblichen Teil beitragen könnte. Allerdings wird die Verfügungsgewalt über den Einsatz dieser Waffen immer in den Händen des französischen. Präsidenten bleiben. Konkret und überdeutlich: Selbst wenn wir uns an dem Projekt finanziell beteiligen, eine mitbestimmende Befehlsgewalt über den Einsatz dieser Waffen wird nicht stattfinden. Auch die Verknüpfung mit der europäischen Idee von gemeinsamen Nuklearwaffen führt uns nicht weiter, obwohl das in Deutschland auf fruchtbaren Boden stößt, weil Berlin immer gerne alles „europäisch“ machen will.

Würde denn eine nuklear bewaffnete U-Boot-Flotte der deutschen Marine, etwa vergleichbar mit der israelischen Option, eine Lösung aus dem atomaren Abschreckung-Dilemma bieten?

Theoretisch und technisch ja, aber ich halte das für politisch nicht durchsetzbar. Deutschland hat den Atomwaffen-Sperrvertrag unterzeichnet, dann den 2+4-Vertrag, in dem Deutschland auf ABC-Waffen verzichtet hat. Aber selbst bei einer politisch beabsichtigten Kündigung dieser Abkommen und der damit verbundenen Absicht, Nuklearwaffen unter eigener nationaler Kontrolle herzustellen und über sie zu verfügen, würden in den europäischen Nachbarländern wie Frankreich und Polen sämtliche Alarmglocken läuten, sprich, so eine Lösung wäre nicht durchsetzbar! Hier sollte man mit den USA nach einer bilateralen Lösung suchen. Dann könnte man die nukleare Teilhabe in anderer Form fortsetzen, z.B. in dem US-Waffen und die geeigneten Trägersysteme auf deutschen U-Booten installiert werden und Deutschland ein weitgehendes Mitspracherecht bei Zielplanung und Einsatz erhält. Diese Lösung würde auch die USA weiterhin mit einem gewissen Eigenrisiko belasten und diese eher zu einer zurückhaltenden Politik zwingen.

Der Militärhistoriker Sönke Neitzel (Universität Potsdam) warnte kürzlich in einem großen Interview mit der BILD-Zeitung vor einem Angriff Russlands auf Litauen noch in diesem Herbst. Teilen Sie diese Annahme?

Nein! das ist momentan das gängige und überall verbreitete Narrativ, bisweilen auch auf einen um vier bis fünf Jahre verlängerten Angriffstermin.

Erst dann würde Russland die Nato angreifen, beispielsweise in Estland. Ich halte das alles für

irreal. Wenn ich mir die Möglichkeiten Russlands vergegenwärtige, das nur mühsam in der Ukraine vorankommt gegen einen Staat, der deutlich unterlegen ist, dass also dieses Russland in der Lage sein sollte, nach Mittel- und Westeuropa durchzumarschieren und im Schnelldurchgang an den Rhein vorstoßen könnte? Ich halte dieses ganze Bedrohungsszenario für ein absolutes Trugbild, auch wenn Russland z.Zt. stärker rüstet, als es für den Ukraine-Krieg braucht. In Wirklichkeit geht es bei diesem Propaganda-Feldzug um ein völlig überzogenes Bedrohungsszenario, das in erster Linie versucht unsere Verteidigungsbereitschaft massiv zu erhöhen und – nicht zuletzt – vor allem die Ankauf-Unsummen für neuen Waffen und Gerät zu rechtfertigen.

Zur Außenpolitik Ihrer Partei: Immer wieder wird der AfD eine zu große Russland-Nähe vorgeworfen. Unlängst hieß es im Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL dazu wörtlich: „AfD, BSW und Linke sind Parteien, in denen geglaubt oder behauptet wird, dass Russland ein guter Partner sein könne, dass die NATO das Problem sei.“

Als ordentliches Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung der Nato kann ich da im Grunde nur den Kopfschütteln. Diese Russlandnähe-Vorwürfe werden vor allem deswegen erhoben weil wir – als größte Oppositionskraft in Deutschland – nicht in den gut orchestrierten Chor der Altparteien einsteigen und deren rigorose Forderungen nach bedingungsloser Unterstützung der Ukraine nicht zur Gänze teilen. Wir verkünden auch nicht dauernd, dass Russland den Krieg verlieren oder bestimmte Waffensysteme geliefert werden müßten. Wenn man in all diesen Fragen eine differenzierte Haltung einnimmt, z.B. eine diplomatische Lösung befürwortet, dann bekommt man die Ausgrenzungskarte als „Putin-Versteher“ oder als „Russenknecht“ vorgehalten. Das alles halte ich für billige Propaganda in der parteipolitischen Auseinandersetzung. Wir werden Russland nicht aus Europa verdrängen können. Das Land wird nicht von den Karten verschwinden. Auch dass sich die Nato – unter Umgehung legitimer russischen Sicherheitsinteressen – permanent nach Osten erweitert hat, sollte in Betracht gezogen werden. Die Damen und Herren, die sich hier so vollmundig über die angebliche Russlandnähe der AfD ereifern, sollten sich lieber mit den klugen Thesen des renommierten Hamburger Sozialdemokraten Klaus von Dohnanyi befassen, die er in seinem lesenswerten Buch „Nationale Interessen – die Folgen des Ukraine-Krieges und die Zukunft Europas“ eindringlich formuliert hat.

Stichwort „Hybrider Krieg“ Russlands und seine strategische Bedeutung, also Aktionen wie Sabotage, Cyberangriffe oder Wahlbeeinflussung. NATO-Generalsekretär Mark Rutte verblüffte nach Medienberichten sein Publikum bei einer Konferenz in Brüssel Mitte Dezember

2024 mit der Bemerkung: „Sprechen wir nie wieder über ‚hybrid‘.“ Ist der „hybride Krieg“ ein Mythos?

Mir fällt auf, dass, wenn aktuell irgendwo in Europa die Lichter ausgehen, wie unlängst in Spanien, dann ist es sofort „hybride Kriegführung“, dann haben immer Putin und/oder die Russen die Hand im Spiel oder die Nordkoreaner oder die Iraner oder die Chinesen, also die üblichen Verdächtigen.

Dabei müssen die Angreifer nicht immer Staaten sein, sie kommen verstärkt auch aus dem Bereich der organisierten Kriminalität.

Aber staatlich gesteuerte Anschläge finden doch auch statt, oder?

Die finden sicherlich statt, es sind verwerfliche und kriminelle Angriffshandlungen, die aufgeklärt und bekämpft werden müssen. Aber, das ist das Entscheidende, sie haben kaum strategische Bedeutung. Sie sind Kleinkriegsmittel auf dem Territorium von westlichen Gegnern, um taktische Vorteile zu erzielen, auch Maßnahmen propagandistischer Art. Sie dienen der Einschüchterung, Verwirrung und der Erzeugung von Unsicherheit in der Bevölkerung der angegriffenen Länder. Schlimm genug! die Auswirkungen dieser Art von „hybriden Kriegsmaßnahmen“ sind – zumindest bis jetzt – aber nicht so gravierend, wie sie uns von Akteuren in unseren Leitmedien präsentiert werden. Das soll natürlich nicht heißen, dass man sie nicht ernst nehmen und bekämpfen sollte! Eine große Gefahr sehe ich allerdings in den Bereichen, wo die kritische Infrastruktur angegriffen wird. Denken Sie an die Signalsteuerung einer Stadt, wenn z.B. alle Ampelanlagen ausfallen, oder an Hackerangriffe auf den Schienenverkehr.

Die AfD hat sich immer wieder für die Wehrpflicht ausgesprochen. Für wie realistisch halten Sie deren Wiedereinführung, zumal auch hierbei die Bundeswehr überhaupt nicht vorbereitet ist?

Ja und wir bleiben dabei: die AfD ist weiterhin für die Wiedereinführung der Wehrpflicht in ihrer ursprünglichen Form für Männer mit dem entsprechenden Ersatzdienst. dieses System gilt es wieder einzuführen. Das bedeutet aber einen zeitlichen Vorlauf von mehreren Jahren, weil die gesamte Infrastruktur seit 2011 ja aufgelöst wurde und damit verschwunden ist: Die Kreiswehersatzämter, das Musteringssystem mit Ärzten, die Wehrerfassungslogistik, genügend Ausbilder und Unterkünfte, Kasernen, Standort-Schießanlagen mit Truppenübungsplätzen.

All das gibt es heute nicht mehr und hat inzwischen sogar Auswirkungen auf die Reservisten, hier fehlen z.B. die aktuellen Wohnortkenntnisse. Es dauert mindestens fünf bis sechs Jahre, dies funktionsfähig neu aufzustellen und verursacht Kosten in Höhe von sechs bis sieben Milliarden Euro als Anschubfinanzierung -

mindestens!

In der BRD gibt es endlich eine rechte Volkspartei

Historiker Weißmann bilanziert die „Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten“

Das phänomenale Wahlergebnis der Alternative für Deutschland (AfD) von über 20 Prozent der Wählerstimmen bei der Bundestagswahl im Februar 2025 ist ein Paukenschlag in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Da lohnt sich ein Blick zurück auf die schwierige Geschichte der deutschen Rechtsparteien der vergangenen Jahrzehnte, einen langen Zeitraum ihrer offenkundigen Erfolglosigkeit. Allerdings ist diese Historie deutscher Parteien rechts der Mitte kaum sachkundig bzw. nur einseitig beleuchtet worden. Das hat sich nun, zeitgleich mit dem überragenden AfD-Erfolg, durch eine Veröffentlichung des Historikers Karlheinz Weißmann verändert: „Zwischen Reich und Republik“ heißt seine „Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten“.

Mit Dr. Karlheinz Weissmann sprach Bernd Kallina



Über 20 Prozent für die Alternative für Deutschland (AfD) bei der vorgezogenen Bundestagswahl am 23. Februar 2025 und damit doppelt soviele Stimmen wie 2021: Das ist ein vorher nie erreichtes Ergebnis für eine Rechtspartei in Deutschland seit 1949, einer tektonischen Verschiebung gleichend. Wie ordnen Sie als Historiker und ausgewiesener Kenner der Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten dieses Wahleresultat ein?

Fraglos ist der Erfolg der AfD das entscheidende Ergebnis der Bundestagswahl, denn, wie Sie richtig sagen, es handelt sich um einen Vorgang, der das Parteiensystem der Nachkriegszeit endgültig erledigt. Das hat in der Vergangenheit zwar schon zwei Modifizierungen erfahren: Durch das Verschwinden der kleineren konservativen Gruppierungen – in erster Linie deutsche Partei und Gesamt-deutscher Block beziehungsweise Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten –, dann durch die Etablierung einer „ersatzkommunistischen“ (Helmut Schmidt) Fraktion in Gestalt der Grünen und einer (post-) kommunistischen in Gestalt der Linken.

Aber der Kern des Ganzen – Union, SPD und FDP – hat doch eine erstaunliche Kontinuität an den Tag gelegt. Wobei auch daran erinnert werden muß, daß Christwie Sozialdemokraten einmal echte Volksparteien waren, denen zugetraut wurde, die absolute Mehrheit der Wähler zu gewinnen. Und jetzt schauen sie sich deren Zustand an: Die SPD ist weit von 20, die Cdu/CSU deutlich von 30 Prozent entfernt. dagegen gibt es einen neuen Mitbewerber in Gestalt der AfD, einer Partei, die mit ihrer Programmatik rechts der Union steht und sich trotz aller Behinderungen hat etablieren können. Damit gewinnt das deutsche Parteienspektrum endlich etwas von der Normalität zurück, die ein

Parteiensystem in der Regel haben muß: Vernünftigerweise sollte es neben einer Linken eine Mitte und eine Rechte geben.

Im Vorfeld des Winterwahlkampfes übertrug der amerikanische Tech-Milliardär Elon Musk, führender Kommunikationsberater von US-Präsident Donald Trump, ein weltweit ausgestrahltes Interview mit der AfD-Bundeskanzlerkandidatin Alice Weidel über seine Plattform X. Das führte bei Vertretern des bundesdeutschen Parteienkartells zu empörten Proteststürmen, gipfelnd in dem Vorwurf, hier werde aus dem Ausland eine rechtsextreme Partei salonfähig gemacht. Wie haben Sie diesen Vorgang wahrgenommen?

Natürlich habe ich den Vorgang registriert. Meiner Meinung nach ist das, für sich genommen, bemerkenswert, wenn ein Mann vom Format Musks sich entsprechend äußert, und wahrscheinlich hat sein Schritt auch als eine Art Türöffner gewirkt. Nehmen Sie in der Folge den Empfang von Frau Weidel durch den ungarischen Regierungschef Orban und vorher schon durch den US-Vizepräsidenten Vance.

Vance rief ja dann bei der renommierten Münchner Sicherheitskonferenz zur Berücksichtigung des rechten Wahlerpotentials auf und erklärte, daß eine Demokratie „keinen Platz für Brandmauern“ habe. Die Bedrohung für Europa sei kein äußerer Feind, sie komme von innen, so Vance. Niemand rechnete mit so einer Rede. Sie etwa, Herr Dr. Weißmann?

Nein, natürlich nicht. Das war tatsächlich ein verblüffender Vorgang. Aber insofern konsequent, als die Amerikaner in einem oft unterschätzten Ausmaß an ihre eigenen ideologischen Vorgaben glauben; zu denen gehört eben auch die „freie Rede“, und die wird in einem Ausmaß verteidigt, das man sich in Europa und zumal in Deutschland kaum vorstellen kann.

Man verbitte sich „Interventionen und Einmischung von außen“, so die Abwehrretorik der deutschen und europäischen Politprominenz, außer acht lassend, daß vielfältige Einmischungen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure von außen in die politischen Verhältnisse anderer Länder weltweit an der Tagesordnung sind, gerade auch seitens deutscher Spitzenpolitiker. Der offenkundige Widerspruch wurde einfach ausgeblendet, oder?

Nun, was die „Einmischung“ angeht, findet die doch dauernd

statt: Die Ampelparteien sprachen beim US-Präsidentschaftswahlkampf Empfehlungen zugunsten der Demokraten aus; das Gleiche passierte über die Mainstreammedien, die im übrigen eine Rußlandberichterstattung liefern, die fallweise mit Umsturzphantasien arbeitet. Man sollte also nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashaus sitzt.

Nun zur deutschen Parteigeschichte der Aufbaujahre nach 1945: Adolf von Thadden, langjähriger Vorsitzender der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), schrieb 1984 in „Die verfemte Rechte“: „Angesichts der vorgegebenen Grundstruktur des deutschen Parteienwesens auf antifaschistischer Grundlage war logischerweise für eine rechte Partei im herkömmlichen sowie üblichen Sinne des Wortes kein Platz. Das galt nicht nur für die sowjetische Besatzungszone, sondern für die westlichen Besatzungszonen gleichermaßen.“ Trotzdem gab es die von den Briten lizenzierte rechte Deutsche Partei (DP), die in Niedersachsen sogar einen Ministerpräsidenten stellte und in den 1950er Jahren als Koalitionspartner der CDU auch im Deutschen Bundestag vertreten war. Nur ein bemerkenswerter Sonderfall?

Man muß tatsächlich sagen, daß die britische Besatzungszone ein Sonderfall war. Hier wurde ja auch unmittelbar nach Kriegsende die Deutsche Rechtspartei / Deutsche Konservative Partei zugelassen, zu deren Führungspersonal Thadden gehörte. aber diese DKP/DRP hat man eben gleichzeitig an ihrer Entfaltung gehindert. Das Lizenzierungsverfahren, auf das Thadden anspielt, bot da manche Möglichkeiten. Hier: Man erlaubte zwar die Gründung, behinderte aber die Ausbreitung und die Übernahme der Führungsposten durch geeignete Personen, etwa durch Otto Schmidt-Hannover, den letzten Vertrauten des DNVP-Vorsitzenden Alfred Hugenberg, der aber im Gegensatz zu Hugenberg ein entschiedener Hitlergegner war. Wenn das alles nichts half – wie im Fall des sensationellen Wahlerfolgs der Rechtspartei bei den Kommunalwahlen in Wolfsburg 1948 –, kassierte man das Wahlergebnis. Aber bezeichnend ist auch, das hat Thadden an anderer Stelle ziemlich unverblümt gesagt, daß es der „Nationalen Opposition“ nach Aufhebung des Lizenzzwangs und Gründung der Bundesrepublik nie gelang, ihre inneren Querelen zu überwinden und einen klaren Trennungsstrich gegenüber den „Vernagelten“ zu ziehen. das gilt auch und gerade für die Deutsche

Reichspartei – die einzige halbwegs funktionstüchtige Partei innerhalb der „Nationalen Opposition“ –, zu deren Führungskreis Thadden dann gehörte. Einer ihrer Ehemaligen sagte mir mal, daß die Hälfte der Mitglieder eigentlich das NS-Regime wiederhaben wollte und er sich nicht einmal traute, seine engeren Bekannten zu werben, weil ihm das Auftreten der eigenen Parteifreunde zu peinlich war. Die Deutsche Partei, von der Sie sprachen, hatte im Prinzip bessere Startchancen, weil sie als „Niedersächsische Landespartei“ in einer für die Besatzungsmacht unverdächtigen – weil welfischen und mithin antipreußischen – Tradition stand. aber hätte man an dieser Linie festgehalten, wäre die DP bestenfalls eine Regionalpartei geblieben. Das wollte ihr Vorsitzender Heinrich Hellwege nicht, ohne doch eine klare Strategie entwickeln zu können. Man schwankte zwischen der Idee einer „Großen Rechten“, die alle zusammengeführt hätte, von den Gemäßigten in der DRP bis zum nationalliberalen Flügel der FDP, und der Idee, für den norddeutschen Raum eine Art von „evangelischer CDU“ zu bilden. Zuletzt scheiterte der eine wie der andere Ansatz, auch weil die Anziehungskraft der Union übermächtig wurde. Ende der 1950er Jahre war die Desertation der Funktionsträger – bis hin zu den Bundesministern – in Richtung CDU nicht mehr aufzuhalten.

Aber war die Union denn in dieser Zeit eine Rechtspartei?

Das wird man so sicher nicht sagen können, auch wenn die sarkastische Bemerkung, die CDU sei eine Art Dauerkoalition von katholischem Zentrum und Deutschnationalen, mehr als ein Gramm Wahrheit enthält. In jedem Fall ist festzustellen, daß das von Adenauer favorisierte Konzept – eine überkonfessionelle Partei, in Maßen marktorientiert und strikt antikommunistisch ausgerichtet, für die europäische Integration und die Westbindung – auf die bürgerlichen Wähler und auch auf einen Teil der Arbeiterschaft erhebliche Anziehungskraft ausübte. Das war keineswegs von Anfang an klar, denn die außerordentlichen finanziellen Belastungen durch das fortdauernde Besatzungsregime, die hohe Erwerbslosigkeit und die Frage, wie die Vertriebenen aus den Ostgebieten zu integrieren sein würden, stellten Anfang der 1950er Jahre Faktoren dar, die Adenauer auch hätten scheitern lassen können. Aber Wiederaufbau, Wirtschaftswunder und politische Stabilisierung sind gelungen, was die bleibende Zustimmungsbereitschaft der Westdeutschen erklärt.

Und was die Teilung betraf – die Adenauer sehr früh als unvermeidlich betrachtet hat –, beruhigte die CDU das nationale Gewissen mit patriotischen Deklamationen und dem Beharren auf dem Rechtsstandpunkt: Keine Anerkennung der DDR, keine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.

Bleiben wir bei der erwähnten Deutschen Partei, die schon 1949 mit der Parole antrat: „Fahre rechts, bleibe rechts, wähle rechts!“ Damals galt „rechts“ als normale politische Positionsbeschreibung. Die toxische Aufladung zur Feindmarkierung entwickelte sich erst später. In welcher Phase war das?

Entscheidend waren die 1960er Jahre. da haben die Zeitgenossen, soweit sie gesellschaftliche und weltanschauliche Vorgänge wach verfolgten, bereits gespürt, daß sich grundsätzliche Veränderungen abzeichneten. Die Versuche, dem von rechts etwas entgegenzusetzen, scheiterten samt und sonders. Man denke nur an das im Umfeld von Ludwig Erhard entwickelte Konzept der „formierten Gesellschaft“ oder an die zeitweise von Franz Josef Strauß unterstützte Idee eines deutschen „Gaullismus“ samt atomarer Bewaffnung der Bundeswehr, aber auch an den Aufstieg der NPD, die phasenweise in der Lage schien, das, was man die „nationale Welle“ nannte, zu nutzen, um eine Bündelung rechts der Union, doch im Verfassungsrahmen, zustande zu bringen. Aber geworden ist aus alldem nichts. Vielmehr gab es eine dramatische Linksverschiebung zuerst des intellektuellen, dann des politischen Spektrums, die schon in der Endphase der „Ära Adenauer“ absehbar wurde und auf die man von rechts nicht zu reagieren wußte.

Zu betonen ist auch, daß dieser Vorgang nicht nur die Bundesrepublik, sondern die ganze westliche Welt erfaßte. 1968 war ja nur das sichtbare Ergebnis dieses Prozesses, der sich lange angebahnt hatte, nun an Bedeutung gewann und in der Folge dazu führte, daß unter den „Meinungsmachern“ – um den Begriff Helmut Schelskys zu verwenden – die Lefties den Ton angaben. Natürlich gab es dagegen noch Widerstand, aber für die junge Generation, vor allem für die, die höhere Schulen und die Universitäten durchlief, galt „rechts“ in Zukunft als kontaminiert, wurde zum Synonym für „proto-“, „halb-“ oder ganzfaschistisch, faschistoid oder „nazistisch“. Die Rechte erscheint seitdem als ein homogener brauner Block; Differenzierungen, etwa zwischen Markliberalen, Konservativen und

Nationalrevolutionären, hat man sich längst abgewöhnt.

Die Parteien rechts der Mitte standen zum großen Teil nicht nur im Visier in- und ausländischer Geheimdienste, wie Sie in Ihrem Buch an vielen Stellen belegen. Sie waren auch Objekte aktiver Störmanöver und Zersetzungsmaßnahmen. Wie würden Sie – bilanzierend – die nachrichtendienstlichen Einflußnahmen auf deutsche Rechtsparteien beurteilen? Waren das überwiegend nur Nadelstiche oder mehr?

Es ist ja grundsätzlich so, daß der Historiker nur einen Teil der Vorgänge erfassen kann. Selbst wenn man Zugang zu Archiven erhält, gibt es Abläufe, die verdeckt bleiben oder nur einem Kreis von Eingeweihten zugänglich sind. Und was die Einflußnahme der „Dienste“ angeht: Sie müssen ja gar nicht so weit gehen wie Egon Bahr, der in Reaktion auf die Stasi-Verstrickungen einiger Politiker nach dem Ende der DDR lapidar bemerkte, daß im Grunde alle Kanzler der Bundesrepublik Informanten der CIA gewesen seien. Aber daß die „Dienste“ in der Nachkriegszeit auch der Ausforschung der Parteien dienten oder der Unterwanderung oder dem Einsatz von Provokateuren, kann niemand ernsthaft bestreiten. Die Folgen hat ja noch eine Gruppierung wie die Republikaner zu spüren bekommen, die vom Ursprung her Fleisch vom Fleisch der Union war.

Könnte man die Republikaner als eine Art Vorläufer der heutigen AfD bezeichnen?

Es gibt da zweifellos Ähnlichkeiten, aber man muß die Unterschiedlichkeit der Ausgangssituation im Blick behalten. Die Republikaner betraten die politische Bühne der Bundesrepublik, nachdem der von

Strauß favorisierte Plan eines politischen Rollback 1980 mit seiner Niederlage als Kanzlerkandidat der Union gescheitert war und zwei Jahre später sein Konkurrent Helmut Kohl die schwarz-gelbe Koalition an die Regierung brachte. Der Vorgang wurde zwar als „Wende“ bezeichnet, war aber keine, was auf dem rechten Flügel der CDU und stärker noch der CSU mit wachsendem Unmut registriert wurde. dann brachte der ausgerechnet von Strauß „eingefädelte“ Milliardenkredit für die marode DDR das Faß zum Überlaufen, und es entstand zuerst als eine Art Abspaltung der CSU nach rechts die Partei der Republikaner, die sich in relativ kurzer Zeit zu einer veritablen nationalpopulistischen Gruppierung entwickelte. Aber die Bekämpfung durch die staatlichen Stellen und ein erster Vorgeschmack auf das, was später der „Aufstand der Anständigen“ sein würde, sowie eigene Fehler im Hinblick auf die Strategie haben sie scheitern lassen. Zuletzt hat sich die Wiedervereinigung als Nachteil erwiesen, obwohl die Republikaner die letzte gesamtdeutsche Kraft waren. Denn die DDR-Volkskammer hatte gegen sie ein Betätigungsverbot ausgesprochen, und Kohl konnte sich als „Kanzler der Einheit“ inszenieren. In der Folge hat die Union noch einmal ihre Monopolstellung rechts der Mitte zementiert. Aber nur auf Zeit. Das, was sich seit den 1990er Jahren abgespielt hat – das sehen wir aus der Distanz –, war der Anfang vom Ende für ihre zentrale Position im Parteiensystem. Auch wenn es noch einige Zeit dauerte, bis die Kohlisten die alte Substanz im Namen der „Modernisierung“ aufgebraucht und die Merkelianer den Rest erledigt hatten, brauchte es bis zur Gründung der AfD und deren Häutung, bis klar war, daß man es nicht nur mit einer Vereinigung frustrierter Ex-CDUler zu tun

hatte, die sich am Euro-Rettungsplan störten. Aber das gehört im Grunde schon nicht mehr zu meinem Thema. Mein Ziel war es ja, die Geschichte der Nachkriegsrechten zu behandeln und damit Bezug auf einen hinreichend weit zurückliegenden Zeitabschnitt zu nehmen, der für den Historiker einigermaßen greifbar wird. Alles übrige wird nur im Rahmen eines Ausblicks behandelt.

Trotzdem werden Sie eine Meinung zum „Verfassungsschutz-Fall AfD“ haben, gerade wenn man die aktuelle Situation mit der historischen vergleicht: Selbst die sogenannten Verfassungsschutzberichte der Inlandsgeheimdienste des Bunds oder der Länder haben in der BRD ihre ausgrenzende Wirkung inzwischen weitgehend verloren. Wähler lassen sich von ihnen nicht mehr von Stimmabgaben für die AfD abhalten. Was hat sich da verändert?

Fraglos hat sich da in der politischen Mentalität etwas verändert. auf der linken wurden der Verfassungsschutz und seine Berichte traditionell als Machtinstrument der Herrschenden angesehen und dem Sachgehalt wenig Gewicht beigemessen. Während meiner Studienzeit in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren gehörte der Spott über die „Ämter“ unter Progressiven ebenso zum guten Ton wie der Hohn über die „FDGO“, also die freiheitlich-demokratische Grundordnung, von der man bestenfalls in ironischem Tonfall sprach. Das war auf der rechten undenkbar. Jedenfalls die bürgerlichen Gruppen fürchteten nichts mehr als die Erwähnung oder die Beobachtung. Damit ist es in einem gerade noch unvorstellbaren Maß vorbei. Das ist die Folge davon, wenn man systematisch überzieht und im Umgang mit dem politischen Gegner nicht nur die Regeln der

Fairmiss, sondern auch die des Rechtsstaats verletzt. Dann wird irgendwann noch dem bravsten und wohlwollendsten Deutschen klar, daß das Attribut „rechtsextrem“ oder „extrem rechts“ schlicht jedem angeheftet werden kann, der nicht in der Spur laufen will.

Ein Blick auf Österreichs Freiheitliche Partei (FPÖ), seit der letzten Nationalratswahl stärkste Parteiformation in der Alpenrepublik: Ist deren bei weitem besserer Legalitätsstatus im Vergleich zur bundesdeutschen AfD vielleicht darauf zurückzuführen, daß in Österreich immer noch eine der Weimarer Reichsverfassung (WRV) verwandte Verfassung von 1920/29 gilt, während in der BRD das Grundgesetz von 1949 in Kraft ist, das maßgeblich auf einer Zurückweisung der Freiheitskonzeption der WRV beruht? Oder sehen Sie andere Gründe?

Ohne mich als Spezialist für die österreichischen Verhältnisse aufzuspielen – die Entwicklung habe ich in meinem Buch ja nur im Rahmen eines Exkurses behandelt –, will mir scheinen, daß hier zwei Faktoren wichtiger sind: Einerseits das Geschick, mit der sich ein Teil der rechten – die Österreichische Volkspartei – der Behauptung bediente, man gehöre zu den Opfern des NS-regimes. das war zwar nur eine Teilwahrheit, aber immerhin, und auf der konnte man aufbauen, weil es gleichzeitig gelang, sich ausdrücklich als rechtes „Bollwerk“ gegen die Linke zu präsentieren. Der andere Faktor ist die oppositionelle Tradition des „nationalen Lagers“, das ja im Grunde seit der Revolution von 1848 gegen die Obrigkeit stand und niemals so „gouvernemental“ ausgerichtet war wie die Rechte im Reich und später in Nachkriegsdeutschland. In der FPÖ hat man sich seit je etwas „getraut“, was den „Piefke“

mit Staunen erfüllte.

Bedeutet das für die AfD: „Von Österreich lernen heißt siegen lernen“?

Nun, der erste Anlauf zu einer Regierungsbildung unter FPÖ-Führung ist ja gescheitert. Und wahrscheinlich geht es auch um mehr als um das Beispiel Österreich. Anfang des Jahres hat der „Spectator“ eine Ausgabe gebracht, die auf dem Titel eine amüsante Karikatur zeigte:

Ein nach rechts schwingendes Pendel, an dem sich lachend Farage – der Architekt des „Brexit“ –, Trump, Milei, Giorgia Meloni, Marine le Pen und Kemi Badenoch, die schwarze Vorsitzende der britischen Tories, klammern; dazu der Titel „Bewegung nach rechts“. die Herausgeber vertreten die These, daß wir es mit einer globalen, gegen die Linke und vor allem gegen deren kulturelle Dominanz in Gestalt des Wokism gerichteten Tendenz zu tun haben. Das kann sich natürlich als Fehleinschätzung erweisen oder nur eine Momentaufnahme sein, aber in derselben Nummer des „Spectator“ hat Jordan Peterson ein Interview gegeben, in dem es grundsätzlich wird. Er hebt da einerseits auf die Bedeutung der Religion – ganz konkret: Des christlichen Glaubens – und andererseits auf die Notwendigkeit ab, die Postmoderne zu überwinden, damit sich der Westen wieder seinen Grundlagen zuwendet und die Bedeutung der elementaren Voraussetzungen seines Überlebens – im Hinblick auf die Familie, im Hinblick auf die Tradition, im Hinblick auf die Autorität, um nur diese Stichworte zu geben – neu begreift. Wenn das nicht nur ein Appell bliebe, hätten wir tatsächlich den Right move, nicht nur als „Bewegung nach rechts“, sondern auch als die „richtige Bewegung“.

Rathaus Ludwigshafen: AfD-Kandidat darf nicht zur Bürgermeisterwahl antreten

„Nicht mehr der Wähler entscheidet, sondern der Wahlausschuss“

Joachim Paul (AfD) über den Ausschluss seiner Person von der Bürgermeisterwahl, den Reaktionen darauf und dem Ende von Demokratie und Meinungsfreiheit

Rote Metternichs in Aktion: Die rheinische SPD will den aussichtsreichen AfD-OB-Kandidaten Joachim Paul verhindern. Die Bekämpfung der AfD nimmt in der BRD immer groteskere Züge an. In Ludwigshafen, Rheinland-Pfalz, hat eine rote Koalition im antiliberalen und antinationalen Un-Geiste des Fürsten Metternich aus dem 19. Jahrhundert zugeschlagen: Jutta Steinruck (bis 2022 SPD), die bisherige und nicht mehr antretende Oberbürgermeisterin der Stadt, schloss den OB-Kandidaten der AfD, Joachim Paul, von der Teilnahme an der Kommunalwahl am 21. September aus.

Scheinbegründung: Mangelnde Verfassungstreue des Bewerbers.

Herr Paul, Sie vertreten bereits seit 2016 als Landtagsabgeordneter die AfD im Landtag von Rheinland-Pfalz und kennen die vielfältigen Konfliktmuster im Umgang mit Ihrer Partei. Hat Sie das Vorgehen der Oberbürger-

meisterin überrascht?

Joachim Paul: Ja, das hat mich völlig überrascht. Der hier seit 35 Jahren regierenden Landes-SPD habe ich zwar sehr viel zugetraut, aber den aussichtsreichsten Bewerber der stärksten Partei einfach so mittels Wahlausschluss im Zusammenspiel von Ex-SPD-Oberbürgermeisterin, SPD-Mitgliedern im Wahlausschuss, einem linken Behördenleiter beim Verfassungsschutz plus rotem Innenminister, holterdipolter aus dem Rennen zu kippen, das hatte ich nicht erwartet.

Glauben Sie denn, dass diese Vorgehensweise nicht nur in Rheinland-Pfalz SPD-intern abgestimmt war, sondern auch mit deren Bundesspitze?

Paul: Das halte ich für durchaus denkbar. Denn es geht um sehr viel. Ludwigshafen ist eine seit Jahrzehnten SPD-regierte Stadt

mit sehr großem Symbolgehalt: Sie steht prototypisch für den offenkundigen Niedergang unseres Landes.

Die Stadt ist ein negativer Brennpunkt geworden, den die SPD nicht so gerne aufgibt, gleichwohl sie aber Angst hat, dass es eine neue Kraft gibt, die eben am Beispiel von Ludwigshafen zeigen könnte, dass es gangbare Wege aus der Misere gibt. Die deutsche Sozialdemokratie, einstmals eine stolze Vertreterin von Arbeitnehmerinteressen, befindet sich bundesweit im Niedergang, nicht nur in Rheinland-Pfalz, und ihre klassischen Wählergruppen laufen scharenweise zur AfD über.

Sie waren vor Ihrer Zeit im Mainzer Landtag als Gymnasiallehrer berufstätig und damit Beamter auf Lebenszeit. Angeblich mangle es Ihnen plötzlich an der Treue zur Verfassung, so der Generalvorwurf. Wie das?

Paul: Das frage ich mich auch. Eigentlich hätte ich als Lehrer den Schutz meines Dienstherrn verdient, weil ich immer erfolgreich unterrichtet habe und mit meinen Schülern gut zurechtgekommen bin, insbesondere auch bei den Schülern mit Migrationshintergrund. Dem Wahlausschuss in Ludwigshafen wurde dann über das Innenministerium von Rheinland-Pfalz ein Papier mit 16 absurden „Anklagepunkten“ gegen mich zugespielt. Zu den Anklagen ein Beispiel: Man hält mir vor, dass ich literarisch ein „Herr der Ringe“-Fan bin und im Rahmen einer Rezension Menschen gewürdigt hätte, die als Protagonisten dieser Romantrilogie für ihre Heimat

„Man hält mir vor, dass ich ‚Herr der Ringe‘-Fan bin und das Nibelungenlied schätze.“

kämpfen und nicht wollen, dass ihre Kultur verschwindet.

Dieser Gedankengang wird ernsthaft als „verfassungsfeindlich“ angesehen, so auch meine positive Bezugnahme zum Nibelungenlied.

Dabei ist das Nibelungenlied ein großes Thema, der Landesstoff schlechthin. Wir haben beispielsweise hier in Worms die Nibelungenfestspiele. Auch dass ich mich mit dem führenden Kopf der „Identitären“, Martin Sellner, zwei- oder dreimal getroffen habe, steht im Anklagepapier.

„Kontakt-Schuld“ als Delikt?

Paul: Genau! Wenn man aber diesen Vorwurf logisch weiterentwickelt, sofern man in diesem Zusammenhang überhaupt von Logik sprechen kann, dann müsste ich dem Chef des Inlandsgeheimdienstes in Zukunft jeweils brav meine Kontakt- und Literaturwünsche vorab übermitteln und um Genehmigung bitten. Geht's noch?

Fortsetzung auf Seite 10

Das „Soros-Ding“ und wie man’s dreht...

VON DR. HARALD WEYEL*



Niccolò Caranti, CC BY-SA 4.0
Wikimedia Commons

Wie bei so vielen, wenn nicht allen Tätigkeiten gewisser Leute und Institutionen, ist es so, daß vielleicht zunächst nicht wenig Richtiges mit zu viel Falschem am langen und dicken Ende dann unselig vermischt wird. So wohl auch im Falle George Soros. Ende der 1970er-Jahre gründet der erfolgreiche Finanz-Tycoon Stiftung(en), inhaltlich orientiert am Denken des österreichischen Philosophen Karl Popper und seines Werkes von 1945: „Die offene Gesellschaft (und ihre Feinde)“.

Ab 1991 wurde dann in Ungarn und zunächst auch Tschechien eine „Eastern Europe University“ gegründet, zu deren ersten Abschlußjahrgängen auch Spitzenpolitiker wie Viktor Orbán gehören. Quasi geboren im Kalten Krieg und wohlwollend sicherlich

auch von offiziellen Organen des alten „Westens“ unterstützt, entsteht hier eine Kaderschmiede, die künftige Entscheider sozusagen auf Marktwirtschaft und demokratischen Wettbewerb umschulen will.

Wenn dabei auch mancher ältere Kommunist von Saulus zum Paulus geworden ist – gleichviel. Und mit wem sollte man in der notwendigen Übergangsphase alter „Ostblockstaaten“ eine relevantere Zielgruppe gehabt haben als ehemalige Kader und ihren Nachwuchs, bevor eine tatsächlich neu und westlich geprägte Junior-Generation funktional in deren Fußstapfen tritt? Wer, wenn nicht alte Kader und ihr Nachwuchs wäre besser geeignet alte Institutionen zu erneuern oder neue zu schaffen?

Dumm nur, daß die Sache des „Westens“ vom einst humanitär-demokratisch orientierten politischen Geschäfte sich gewandelt hat zu dem, was es einst so (un)subtil bekämpfte: von einer an realen Problemlösungen interessierten Schule hin zu einer rein ideologisch-utopistisch unterfütterten Elitenherrschaft zugunsten irgendwelcher Sonderinteressen samt Vorfeld.

Und das Geschäft schon der alten EWG/EG war ja vor seiner jeweiligen EU-Erweiterung stets eines des nationalen Elitenkaufs und der Korruptionierung nationaler Strukturen zugunsten eines merkantilen Klassen-„Internationalismus“ von alten und neuen Opportunisten.

Die Kollateralschäden der Brüsseler, Washingtoner, New Yorker Herrschaftsansprüche für die nationalen Gemeinschaften mögen dabei zwar unterschiedlich gravierend sein – und sie mögen auch weit weniger offensichtlich sein als die des Moskauer Regiments bis 1991. Aber schönzureden gibt es dabei eben auch zunehmend weniger. Was hat sich im ehemaligen „Ostblock“ oder Mitteleuropa seither geändert?

Die Verbesserungen der Konsum- und Ausbildungsmöglichkeiten, der Arbeitsmigration und der Geschäftsmöglichkeiten haben vieles optimiert, für Normalverbraucher wie Kriminelle gleichermaßen. Aber alles (inter)nationale Heil hängt seit geraumer Zeit schon eher davon ab, sich genau nicht anzupassen an die kranken Strukturen und Vorgaben der schönen neuen Welt des (ehemaligen) „freien Westens“. Vorhandene bürgerliche, unternehmerische und nationale Freiheitskulturen werden ja regelrecht kaputtgemacht vom Brüsseler Oktroy, der wenig originell an der kurzen Leine von verfehlter NATO- und daueralimentierter UNO-„Weltpolitik“ Gassi geführt wird. Fast die ganze Post-1980/90er-„Klima-, Gender-; Außen- und Innenpolitik“ ist analytisch nur als eine einzige offensichtliche Fehlleistung zu werten!

Die Russen stehen da eher ganz für sich, zurückgeworfen auf sich. Nicht erst seit dem Februar 2022 oder den Jahren 2014 (Donbaß/

Krim) und 2008 (Georgien). Vielleicht gilt nicht nur nach meiner Diagnose: Hätte „der Westen“ sich über die letzten Jahre und Jahrzehnte anders verhalten, hätte man gute Chancen gehabt selbst „die Russen“ auf unser Dekadenzniveau runter (beziehungsweise rauf) zu bringen. Aber man hat nichts außer einer handfesten Regression bewirkt – vielleicht sogar mehr bei sich selbst als beim vermeintlichen Gegner. Und so einige (verwestlichte) Ex-UdSSR-Mitglieder oder Anrainer haben seit den 1990ern bis zur Hälfte ihrer einstigen Wohnbevölkerung nicht nur gen Westen verloren.

Insbesondere aber die allseits bedrängten und ausgelaugten Stalin-Staats-Konstrukte Ukraine und Weißrußland (ja, ich pfeif’ auf alle Schlechtschreibreformen wie auch andere „Staats“-Übergriffe nicht erst seit den 1990ern)! Der Westen à la EU und NATO winkt wie „Kapitän Ahab“ zu letzten Jagd auf „Moby Dick“ alias Moskau? Nunmehr sind aber alle weniger degenerierten Sozialgebilde als die der mit dem vermeintlichen „Ende des Kalten Krieges“ mehr und mehr außer Rand und Band geratenen – in Wahrheit aber doch eher völlig sklerotischen – „West“-Staaten aufgerufen, das in den letzten Jahren vollends aus dem Ruder gelaufene „Europäische Projekt“ zu retten, indem sie der hochsubventionierten Dauerkorruptionierung und Elitenkauf-Situation Europas entsagen. Europa muß seinen einstigen Tugenden im

neuen Aufklärungs-Format (nicht etwa im neuen Weltkriegs-Format) entgegengeführt werden. Die unablässige „Institutionalisierung“ immer neuen Bürokratie- und Selbstausbeutungs-Grauens muß beendet werden und einer chaotischen Welt der europäische Spielball entzogen, nicht etwa zugeführt und übereignet werden. Die für ganze Regionen und nicht nur Kleinstaaten verheerende Binnenmigration im EU-Rahmen ist eben vielfach nur eine Scheinlösung; und der Sozialtourismus dabei ein sich verfestigendes und wachsendes Ärgernis. Die völlige Überforderung und Überfremdung der Sozialstruktur und Kassen durch einen anachronistischen Asylmißbrauch durch Massen von Drittstaaten-Angehörigen zeigt alle EU-Unfähigkeit einer diesbezüglich kohärenten Außen- und Binnenpolitik auf.

Derweil wurde die einst gesunde Basis des Ganzen immer dynamischer verraten und verkauft, nämlich die recht eigenständige Wirtschaft im Industrie- wie auch Agrarbereich. Ergänzt vom Abstieg von Handwerk und ehrlichen Mehrwert schaffenden Dienstleistungen zugunsten von selbstschädigendem Firlefanz in nahezu allen Bereichen.

*Dr. Harald Weyel, Wirtschaftsprofessor, Europaratsmitglied und MdB a.D.

Der Artikel erschien zuerst im Deutschland-Kurier.

Der Terrorprozess zum Mord in Solingen wirft Fragen auf

VON ENXHI SELI-ZACHARIAS, MDL NRW



Mordprozess rund um Solingen gesprochen. Das Urteil wurde gesprochen und der Täter lachte. Der 27-jährige Terrorist, der aus Syrien nach Deutschland kam, um im Namen des IS Menschen abzuschlachten, lachte, während das Urteil verkündet wurde.

Lebenslänglich, mit anschließen-der Sicherungsverwahrung.

Das Gericht stellte darüber hinaus auch fest, dass er trotz verminderter Intelligenz, wir sprechen hier von einem IQ von 71, wiederum im Herkunftsland Syrien im unteren Normbereich liegt, wird tatsächlich vom Gericht für voll schuldigfähig gesehen und das ist auch gut so. Darüber hinaus bestätigte das

Gericht auch die Mitgliedschaft beim Islamischen Staat und zum Glück auch die besondere Schwere der Schuld in dieser Sache.

Was bedeutet das aber langfristig jetzt in diesem Fall? Der Terrorist, der im Übrigen in Chats zuvor damit prahlte, dass er Deutschland und seine Homosexuellen ficken würde?

Dieser Terrorist wird wahrscheinlich 25 Jahre jetzt hinter Gitter kommen. Doch die anschließende Sicherungsverwahrung, die ist im deutschen Strafrecht natürlich etwas ganz Besonderes. Die anschließende Sicherungsverwahrung bedeutet nämlich, dass du in einem abgesonderten Bereich der JVA in den Genuss eines eigenen Apartments kommst.

Man hat ein Anrecht auf eine individuelle Lebensgestaltung, kann ein Apartment einrichten und natürlich auch in Genuss kommen, wie zum Beispiel Menschen zu treffen oder unter Aufsicht sogar Freiheit draußen zu genießen.

Das alles für einen Terroristen? Ist es das, was wir eigentlich

wollen? Darüber hinaus reden auch viel zu wenige darüber, was die Sicherungsverwahrung denn kostet für einen sogenannten Verwahrten, wie es im Gesetz heißt. Im Durchschnitt sprechen wir von 107.000 Euro jährlich, die nur die Sicherungsverwahrung für eine Person kostet.

Wir sprechen hier von etwa 300 Euro pro Tag. Und da rechne ich keine weiteren Kosten hinzu und den Prozess, den so ein Terrorist bekommen hat.

Und das alles zeigt sehr deutlich, nicht nur jetzt der Ausgang dieses Urteils, sondern auch alles fortwährend davor. Es zeigt sehr deutlich, dass unser Strafrecht, das humanistisch geprägte Strafrecht, nicht für Menschen gemacht ist und gedacht ist, die aus unterzivilisierten Kulturen kommen.

Das alles zeigt aber auch sehr deutlich, wenn dieser Staat die Handlungsfähigkeit zurückgewinnen möchte, dass es separate Gesetze braucht, um Terroristen, die mit einem Ziel nach Deutschland kommen, eingeschleuste Terroristen, dann auch das Handwerk zu legen.

Dafür braucht es separate Gesetze, um hier kurz einen Prozess zu machen und nicht langfristig sogar den deutschen Steuerzahler zu belasten.

All das muss jetzt, insbesondere nach dem Prozess von Solingen,

neu gedacht werden.

Und das Schlimme ist, dass der anhaltende Terrorismus in Deutschland ein hoch diskutiertes Problem bleiben wird, weshalb der Staat hier sehr schnell eine Konzeption vorlegen muss.

Fortsetzung "Debatte um die Unabhängigkeit der Justiz in Deutschland"

Es wird so getan, als würden die Machtverhältnisse in Deutschland, unbeeinflusst von Wahlen immer gleichbleiben, selbst eine Partei, die gar nicht im Parlament vertreten ist, wie die FDP, schlägt Verfassungsrichter vor.

Dem nicht genug, muss dann noch jeder dieser Verfassungsrichter mit einer 2/3-tel Mehrheit des Bundestages gewählt werden, es sind also immer weitere Hinterzimmergespräche nötig, um das Drittel der Abgeordneten, die nicht zustimmen, wirkungslos zu machen.

Die Staatsanwälte in Deutschland sind dem Innenminister weisungsgebunden.

Ein Zustand, der international schon lange kritisiert wird, aber

die an der Macht befindlichen Politiker kritisieren lieber andere Staaten, wo das genauso ist. Die Ernennung der Richter ist in Deutschland nicht frei von politischen Einflüssen.

Die Ernennung erfolgt in den einzelnen Bundesländern nach unterschiedlichen Verfahren:

- in Bayern ist das Justizministerium - also eine politische Behörde - für die Einstellung der Richter zuständig,
- in Hamburg das Oberlandesgericht unter Mitbestimmung des Justizsenators,
- in Nordrhein-Westfalen entscheiden die Oberlandesgerichte über die Einstellung der Richter in ihren Bezirken.

Wer selbst im Glashaus sitzt...

VON CRISTINA EULER



Bundestag: Bild von © CoppertopsRB auf Pixabay

Der Ton wird rauher in Deutschland, und das nicht erst seit gestern. Schon seit mehreren Jahren bin ich beim Blick in die Zeitung überrascht, daß niemand der öffentlichkeitswirksamen Menschen mehr um etwas bittet, etwas beantragt oder gar zur Diskussion stellt, nein, was auch immer gewünscht wird, wird „gefordert“.

Und das unabhängig vom Status des Fordernden, was die Aberwitzigkeit der Schlagzeilen noch erhöht. Wer fordert, trumpft auf, hält sich mit seiner Forderung für wichtig, ist oft unterschwellig aggressiv und bereit, sein Anliegen, zumindest mit Wortgewalt, zu verteidigen.

Natürlich hat nicht jede Gewalt ihren Ursprung in Wortgefechten und hochgekochten Emotionen, aber in einer unterschwellig verbal aggressiven Umgebung fallen Tötlichkeiten tatsächlich leichter. Respektlosigkeit ist das Ende vom Anfang, ganz ungeschminkt sichtbar im

aktuellen Bundestag. Ich war erschrocken, als ich während der Generaldebatte die Rede von Frau Weidel hörte. Nicht wegen der Rede, die war fantastisch, realistisch und knallhart.

Aber das Verhalten der Abgeordneten der anderen Parteien ist eine Schande für Deutschland! Menschen, die von den Steuergeldern der Bürger nicht schlecht für ihre Parteiarbeit bezahlt werden, halten es nicht einmal für nötig, während der ganzen Generaldebatte anwesend zu sein, einschließlich des Bundeskanzlers!

Die Sitzreihen waren recht leer, die verbliebenen Abgeordneten tippten größtenteils auf ihren Handys herum, tuschelten oder ergingen sich in lauten Zwischenrufen, anstatt wie es sich gehört um das Wort zu bitten. Eine beschämende Inszenierung, die mehr an eine pubertierende Schulklasse erinnert. Damit nicht genug wird

inzwischen jegliche Wortwahl, die nicht dem Vokabular der Regierungsfraktion entspricht, kritisch beäugt und nur zu gerne als „rechts“ eingeordnet, egal ob es sich um Begriffe wie „Volk“ (steht sogar oben auf dem Reichstag!), „Ausländer“ oder „Schwarzarbeit“ handelt.

Niemand kann sich im öffentlichen Raum oder im Internet unbefangen frei äußern, weil er fürchten muss für ein „Wortvergehen“ oder gar ein „Gedankenverbrechen“ vorverurteilt zu werden wohl er nichts getan, niemanden beleidigt, keinen Umsturz angezettelt hat. Verheerend! Kafka läßt grüßen.

Es geht sogar so weit, daß Menschen pauschal für ihre Parteizugehörigkeit verurteilt und von beruflichen Tätigkeiten ausgeschlossen werden, obwohl man ihnen keinen Verstoß gegen Recht und Gesetz vorwerfen kann. Man vermutet eben – und das reicht schon aus, um eine Karriere zu zerstören. Bürgermeisterkandidaten werden vorab ausgesiebt auf Verdacht des Verfassungsschutzes, ohne stichhaltige Begründung. SPD-Mitglieder, die online für Frieden werben, werden gerügt und blockiert und die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) ist offenbar dabei, in vorausseilendem Gehorsam mögliche Verfassungsfeinde von der Kirchenratswahl auszuschließen, sicher kein Akt der Nächstenliebe... Es heißt, daß gewählte Kandidaten per Mustererklärung versichern müßten, keiner extremistischen Partei anzugehören und das christliche

Menschenbild zu achten und einiges mehr. Wobei ich schon die Formulierung „christliches Menschenbild“ sehr interessant finde – dort gibt es nur zwei Geschlechter, das wird sich auch nicht ändern. Oder was ist da gemeint?

Niemand darf wegen einer Meinung, eines Gedankens oder einer eventuell möglichen Tat verurteilt werden. Die Rechtsprechung ist in Schieflage, wenn wegen Gedankenverbrechen, die nicht einmal strafbar sind, höhere Strafen verhängt werden als nach Körperverletzung und Vergewaltigung!

Eine Tat muß nachgewiesen werden können, wenn Anklage erhoben wird. Jeder sollte wissen, daß eine falsche Anklage das Leben des Betroffenen zerstören kann. Beschuldigten geht schnell, man spricht ein paar Worte aus, lehnt sich zurück, fühlt sich gerechtfertigt und zufrieden. Wer sieht dabei schon auf sich selbst?

In der Bibel wird von einer Frau berichtet, die beim Ehebruch ergriffen wurde (Johannes 8, 1-11). Die Verfehlung war also nicht zu leugnen. Wie zu dieser Zeit üblich, sollte sie gesteinigt werden.

Die Schriftgelehrten fragten zuerst Jesus, ob er dem alten Gesetz (nach Mose) zustimme. Jesus sagte nur einen Satz: „Wer von euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein.“ (Vers 7). Nach kurzer Zeit waren alle Männer weg, niemand hatte einen Stein geworfen....

Jesus verurteilte die Frau auch nicht, gab ihr stattdessen eine

neue Chance für ihr weiteres Leben: „So verdamme ich Dich auch nicht; gehe hin und sündige hinfort nicht mehr!“ (Vers 11).

Andere Menschen zu verurteilen – oder wie aktuell pauschal vorzuverurteilen, nur auf Vermutungen hin – ist immer einfacher, als sich selbst zu betrachten und das Übel bei sich selbst zu erkennen.

Es sind meist keine Straftaten, die man bei der Selbstbetrachtung entdecken kann, aber auch Dinge wie Lieblosigkeit, Härte gegenüber Mitmenschen, Überheblichkeit und Neid können das Leben vergiften, das eigene ebenso wie das der anderen. Jesus wird auch Dich nicht verdammen, wenn Du zu ihm kommst und Deine Sünden bekennst, er gibt Dir Vergebung und einen Neubeginn. Warte nicht zu lange, probier es aus!



Kirche: Bild von © CoppertopsRB auf Pixabay

„Das Netzwerk der Kinderschänder“

REZENSION VON NATHALIE WAGNER

Politik, Macht und Pädophilie in Österreich

Der Journalist und Verleger Werner Reichel zeichnet in seinem Buch „Das Netzwerk der Kinderschänder“ ein Bild der Verwobenheit der Kinderschänder von obersten Stellen in der Politik in Österreich auf.

Dabei geht er auch auf die Parallelen in Deutschland und anderen Ländern Europas ein. Was besonders brisant ist, ist die Tatsache, dass es sich dabei um das linke Polit-Milieu handelt, das sich Zugang zu Kleinkindern und Minderjährigen in Kooperation mit staatlichen Einrichtungen für Kinderbetreuung handelt:

„Die Affinität vieler Linker zur Pädophilie hat ihre Ursachen und Wurzeln in der sozialistischen Ideologie, insbesondere in neo-marxistischen Strömungen.“

Das ist die zentrale Aussage seines Buches. In diesen Zusammenhang stellt

der Autor den langjährigen Kindesmissbrauchsskandal in der linksalternativen Odenwaldschule in Deutschland oder auch das „Projekt“ in den 60/70er Jahren, bei dem Jugendliche bekannten Homosexuellen in die Obhut gegeben wurden.

Ein „Sozialprojekt“, bei dem die Kinder jahrelang sexuell missbraucht wurden, ein Junge mit Behinderung ist sogar gestorben. Das Projekt hat der damalige Bundeskanzler Willy Brandt unterschrieben.

Der Bericht der Hildesheimer Universität steht im Netz. Und vergessen wir dabei auch nicht den SPD-Politiker Edathy, der auf seinem Dienstcomputer Kinderpornographie konsumierte.

Da sind auch noch die unzähligen Kindesmissbrauchsfälle in Bergisch Gladbach, die 2024 aufgefliegen sind, zu nennen. Bei all diesen Vorkommnissen gibt es Querverbindungen zu den Vorkommnissen in Österreich. Die Schamgrenzen in Deutschland wie in Österreich fallen

öffentlich in den 68ern, wo der grüne Star-Politiker Cohn-Bendit sich von Kleinkindern begeistert den Hosenstall öffnen und sich an seinem Genital streicheln lässt und dazu auch noch meint, dass Kinder das ja wollen, oder wo Alice Schwarzer sich äußert, dass Sexualität mit Kindern damals einfach in war und zum Fortschritt gehörte.

Aber es geht noch weiter. In das Kinderheim Wilhelminenberg in Wien, das auch die rote Kinderhölle genannt wird, ließen sich jahrelang von 1959 bis 1973 unter Ägide, Schutz und Duldung der Sozialistin und Politikerin Maria Jacobi Männer fahren, die mit den Mädchen dann entsprechend der Wünsche der Herren verfahren konnten. Manche Mädchen verschwanden und starben sogar auch.

Der Künstler Otto Mühl unterhielt gar im Burgenland ein Areal mit Kommune, in der Kinder systematisch geschändet wurden. Dorthin fuhren auch regelmäßig SPÖ-Politiker, nein, wer nicht dort war, war nicht in!

Der Autor geht auch auf den Skandalprozess des Schauspielers Teichmeister ein, auch ein Konsument von Kinderpornographie, der, flankiert von entsprechenden Juristen und Journalisten, als Kavaliersdelikt heruntergespielt wurde und wird. Und leider viele Fälle mehr.

Werner Reichel arbeitet ist seinem Buch heraus, dass linke und sozialistische Parteien systematisch von Kinderschändern gesucht und untergraben wurden und sie somit zu deren Erfüllungsgehilfen gemacht wurden, damit die öffentlichen Meinungen und die Gesetzgebung dahingehend geändert werden, dass diese Kinderschänder ihr leichtes Spiel haben, um zum einen legal an Kinder zu kommen und zum anderen Kinderschändung in der Öffentlichkeit nicht mehr als Tabu empfunden wird. Somit werden Genderismus und LGBT-Kult zur neuen Heimat der Kinderschänder.

D.h. gerade die Politik der Linken, Grünen und Sozen schaffen damit die gesellschaftlichen und

juristischen Rahmenbedingungen für eine systematische sexuelle Ausbeutung unserer Kinder.

Die Eltern von heute sollten dieses Buch lesen und im Kindergarten und in der Schule äußerst wachsam sein!



Foto von © I-f-GE

Werner Reichel, Das Netzwerk der Kinderschänder, 2024, ISBN: 978-3-903236-82-0, Euro 24,90.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker

VON PETER BERGHOFF



Bild von © Temel auf Pixabay

Auf der Internetseite „voelkerrecht.eu“ heißt es: „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist eines der Grundrechte des Völkerrechts. Es besagt, dass ein Volk das Recht hat, frei über seinen politischen Status, seine Staats- und Regierungsform und seine wirtschaftliche, soziale und

kulturelle Entwicklung zu entscheiden. Dies schließt seine Freiheit von Fremdherrschaft ein. Dieses Selbstbestimmungsrecht ermöglicht es einem Volk, eine Nation bzw. einen eigenen nationalen Staat zu bilden oder sich in freier Willensentscheidung einem anderen Staat anzuschließen.“

Der Passus beschreibt damit nicht nur die Realität der Existenz unterschiedlicher Völker, was gerade in Deutschland durch globalistische und multikulturelle Kräfte in Zweifel gezogen wird. Es formuliert auch das gegenseitige Anerkennen der unterschiedlichen Völker und deren Wertestruktur als grundlegende

Norm globalen Zusammenlebens. Es ist somit ein moralischer Kodex.

Dem widerspricht der Wertewesten inklusive der laut „Vertrag über die Europäische Union“ „immer enger zusammenarbeitenden“ EU“.

Diese sieht ihr Wertesystem und ihre Gesellschaftsform als die universell gültige an.

Die EU möchte zudem die über Jahrtausende entstandenen Völker dieser Region dekonstruieren, um eine einheitliche Gesellschaft zu erstellen und nennt dieses dann kulturelle Vielfalt.

Es wird Zeit, dass wir unser verbrieftes Recht auf kulturelle Selbstbestimmung einfordern, auch in der Öffentlichkeit. Massenmigration, Kalifat und Islamisierung mit der sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Destabilisierung widersprechen diesem Grundrecht.

Der Fokus des Handelns muss auf der Weiterentwicklung der eigenen Gesellschaft liegen. Arabische Straßennahmen, Gebetsräume und Halal-Essen in Schulen missachtet und widerspricht dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dieses ist hochgradig amoralisch und zerstört die Grundlagen eines friedlichen Zusammenlebens.

Kinderentführer in der Ukraine seit 2022 am Werk

VON BORIS VOLKOV



Foto von © Lencer auf commons.wikimedia.org

Wie schutzlose ukrainische Kinder durch die Elena-Selenskaja-Stiftung an Kinder-schänder im Westen verkauft werden sollen.

In Russland gibt es einen „Fonds zur Bekämpfung der Repression“ (info@fondfbr.ru; die Leiterin ist Mira Terada).

Der Fonds hat es sich zur Aufgabe gemacht, so viele Menschen wie möglich im Westen über die Machenschaften von Frau Selenskaja, der ukrainischen Präsidentengattin, zu informieren.

Er hat über Thomas Röper,

bekannt durch Anti-Spiegel-Recherchen, am 08.06.2024, 18.00h, das Ergebnis seiner Recherche in Form eines Artikels mit dem Titel „Kinderentführer: Elena-Selenskaja-Stiftung entführt ukrainische Kinder von ihren Eltern und verkauft sie an britische Pädophile“ veröffentlicht.

Zuvor haben bereits der amerikanische Journalist und Blogger Larry Johnson bei Anti-Spiegel am 22.01.2024, 6.00 h, darüber berichtet, auch gibt es darüber Recherchen seines französischen Kollegen Robert Schmidt und der niederländischen Journalistin Sonja van den Ende, die darüber informiert,

dass 51.400 (und ggf. mehr) Kinder aus temporären Flüchtlingslagern in Europa verschwunden sind.

Laut diesen Rechercheergebnissen hat die First Lady der Ukraine, Elena Selenskaja, schon 2022 bald nach Ausbruch des Krieges im Februar 2022 höchstpersönlich Verträge über Kinderevakuierungen aus der Ukraine mit Einrichtungen in New York (Elena-Selenskaja-Stiftung) und London (Save the Children) zur Aufnahme dieser Kinder geschlossen.

Und jeweils sollen Regierungskreise involviert sein, in Großbritannien sogar ein hochrangiger Mitarbeiter des MI6, des britischen Königshauses sowie der Vertreter des Hochadels und Schirmherr von „Save the Children“, Hugh Grosvenor (mit 33 Jahren mehrfacher Miliardär). Ziel der Elena-Selenskaja-Stiftung (mit 600 bis 900 zum Teil vorbestraften „Mitarbeitern“) ist es, Waisenkinder oder Kinder, die von ihren Müttern nur noch schlecht versorgt werden können, weil die Väter an der Front sind, westlichen Familien in den USA, Deutschland, Frankreich und vor allem in Großbritannien zukommen zu lassen.

Zum Teil werden die Kinder zur Adoption freigegeben, zum Teil

werden sie in Pflegefamilien vermittelt. Die neuen „Besitzer“ der Kinder können mit ihnen dann machen was sie wollen, auch das ist vertraglich geregelt, d.h. quälen bis zum Tod inklusive Organ-verkauf nebst sexueller Ausbeutung. Es wird nicht verfolgt.

Die westlichen Interessierten bezahlen ca. 12.000 Pfund pro minderjährigem Kind. Es sollen bisher mindestens 1.800 minderjährige Kinder aus der Ukraine verschleppt worden sein. Auf welche Art und Weise vollzieht sich diese Praxis? Die Recherchen des russischen „Fonds zur Bekämpfung der Repression“ haben ergeben, dass es hauptsächlich eine Route aus der Ukraine über Warschau (Polen) nach London gibt.

Polnische Regierungsvertreterinnen und Vertreter, polnische und ukrainische Grenzschutzmitarbeiter, ukrainische Mitarbeiter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Mitarbeiter der Stiftung Caritas Ukraine schleusen die Kindergruppen mehr oder weniger kontrolliert über die Grenze. Es wird Zeit für Frieden.

Anmerkungen der Redaktion: Diametral diesen schrecklichen Vorwürfen gegenüber wird Frau Selenskaja in der alternativen

Presse erwähnt, wenn sie in der Schweiz für 7.500 Franken pro Nacht ihren Urlaub verbringen oder für über eine Million Dollar Schmuck bei einem bekannten exklusiven Juwelier einkauft haben soll. Russland – Russische Soldaten haben die ca. 4.500 ukrainischen Waisenkinder möglicherweise nicht verschleppt, sondern vor dieser Praxis gerettet, aber Putin und Lawrow stoßen damit noch nicht auf internationales Gehör, noch nicht.

New York – Jeffrey Epstein-Prozess um Kinderschändung im großen Stil sowie Enthüllungen rund um die Machenschaften des zionistischen Chabad-Lubavitch-Kreises runden das Bild u.U. ab oder eröffnen eine weitaus furchtbarere Dimension in diesem Befund.

Südtürkei – Nordsyrien - In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, dass auch bei dem verheerenden letzten Erdbeben am 06.02.2023 verwaiste Kinder verschleppt worden sein sollen, um sie zur sexuellen Ausbeutung zu verkaufen.

Haiti – Eine solche Praxis soll sich auch in Haiti nach der Naturkatastrophe ereignet haben, denn dort werden viele Kinder vermisst.

Abonnement

Sie können die nächsten 4 Ausgaben der Bergischen Freiheit für 25 € automatisch per Post beziehen.

Auch durch Schaltung von Werbung können Sie uns unterstützen.

Für weitere Informationen senden Sie Ihre Anfrage bitte an

redaktion@bergische-freiheit.de

Auch freuen wir uns über Ihren Leserbrief an obige Adresse.

Zölle, Sanktionen, Selbstsabotage

Warum Europas Kurs Deutschland schwächt!

VON DR. HARALD WEYEL



Bild von © Gerd Altmann auf Pixabay

Die neuen Abkommen, und Handelsverträge mit der EU und den USA, bei denen die EU jetzt bei 15% Zoll angelangt ist, sind natürlich schlechter als das, was nicht EU-Staaten wie England, gewährt wird, nämlich nur 10% Zölle.

Diese Ungleichbehandlung ist sicherlich nicht das, was für die EU spricht.

Man sollte ja meinen, dass ein größerer Verhandlungspartner, also 27 Staaten, ein besseres Ergebnis erzielen könnte als ein Einzelstaat. Aber nein, es kommt eben doch auf 27 Staaten an. Denn wenn diese Fehlentscheidungen treffen, dann wird man das ausnutzen und das ist genau so geschehen.

Was ist der nächste Schritt?

Wichtiger als alle Zoll- und Handelsfragen sind für Europa die Energiefragen, insbesondere für Deutschland, insbesondere für Länder, die noch eine große Industrie haben, wo das Gewerbe nicht nur darin besteht, sich gegenseitig die Haare zu schneiden, sondern tatsächlich Dinge produziert werden, die technisch gut sind, die einen Preis haben,

den andere gerne bezahlen und damit den Produkten aus aller Welt vorziehen.

Das alles wird aber nicht funktionieren, weil der Kerninputfaktor, Energie zu teuer, zu kompliziert, zu politisiert gehandelt, respektive nicht gehandelt wird.

Und das muss ein Ende haben, weil dieser suizidale Weg nichts mit Freiheit von Unternehmen, Freiheit von Konsumenten und Freiheit der Politik, rationalen Handlungen, zu treffen zu tun hat.

Denn das, ist das glatte Gegenteil. EU-Sanktionen an China und insbesondere jetzt deutsche Sanktionen an China im Rahmen der EU haben ja inzwischen einen großen Lächerlichkeitsfaktor.

Denn gleichzeitig wird China subventioniert.

Zum einen bekommt China immer noch Entwicklungshilfe im dreistelligen Millionenbereich, zum anderen wurden sämtliche Gesetze so ausgeführt, dass am Ende China der lachende Zweite oder notfalls auch Dritte war.

Das bezieht sich auf das gesamte Energiethema, alle Solarzellen etc. Ein Großteil dieser Produktion ist nie in Deutschland ansässig gewesen, und was in Deutschland war, ist kaputt gegangen oder abgewandert und die Importe von Solarpaneelen und dergleichen kommen hauptsächlich woher?

Aus China.

Was nicht aus China kommt im Rahmen der deutschen großartigen Energiewende, das kommt eben aus Japan oder aus den USA.

Also man hat es auch ohne Sanktionen, Drohungen etc. immer fertig gebracht, dass alles was in Europa, in Brüssel verhandelt oder nicht verhandelt und ausgedacht und umgesetzt wurde, ein Eigentor war, oder nach hinten losgegangen ist.

Insofern kann man sich auch keinen Fortschritt von den neuesten schlechten Ideen aus Brüssel erwarten.

Die Macht der Fakten spricht da ganz für sich: In Europas Eigeninteresse mit europäischen Partnern bzw. Konkurrenten, friedlich zusammenzuleben und Handel zu treiben.

Kontinental betrachtet sind weite Teile Russlands europäischer als die USA oder auch als England, das ja auch nicht auf dem europäischen Festland liegt.

Von daher ist es eine absolut irrwitzige Entscheidung, dass man so tut, als ob sich die Geografie auch verändert.

Die Geografie ist seit 1000 Jahren ungefähr exakt gleich geblieben.

Das bedeutet, dass das besondere Verhältnis, ob einem das recht ist oder nicht, zu Russland eben ein anderes besonderes Verhältnis ist.

Und zwar friedlich aber Handelsbeziehungen müssen Sinn machen und es macht keinen Sinn, den einen Handelspartner auszugrenzen und zu verurteilen und quasi wie in Kriegszeiten, ein Boykott durchzuziehen, möglichst zu 100% und dafür alles, was man selbst braucht, für seine eigene Produktions- und Konsumstruktur zu einem x-fachen Preis von anderen, noch näheren Freunden oder auch nicht so viel mehr befreundeten Nationen einzuführen.

Das enge Halsband wird immer enger gezogen in der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft. Und wo soll es enden?

Es wird höchste Zeit für eine Trendumkehr, zurück zur Normalität und keine Fortsetzung des völlig sinnlosen, sinnwidrigen, aussichtslosen Konfrontationskurses.

Es wird noch nicht genug darauf hingewiesen, in entsprechenden Gutachten, Analysen oder einfach bei Realitätsbetrachtung, wie schädlich dieses ganze Sanktionsgewese für Deutschland und Europa ist.

Insbesondere Deutschland als industrieller Kern Europas wird dadurch mehr geschädigt als alle Adressaten von Sanktionen.

Dabei ist absolut klar, dass Sanktionen eigentlich alle schädigen.

Die einzige Hoffnung ist, dass der Gegner mehr darunter leidet als man selbst.

Und in EU-Europa hat man ja das Kunststück fertig gebracht, dass man selbst mehr unter den Sanktionen leidet und Schaden nimmt als der adres-sierte Gegner.

Das sollte durch alle Statistiken belegt sein und ein Blick in die Tageszeitung, ein Blick in die lokale Wirtschaft und in die volkswirtschaftlichen Verwerfungen reicht aus, um das bestätigt zu sehen.

Mit Friedrich Merz dem Kanzler, der sämtliche Versprechen im Rekordtempo gebrochen und dabei im Verlust von Glaubwürdigkeit neue Rekorde aufgestellt hat, haben wir gute Chancen ein Drei-Kanzler-Jahr zu erleben, wo ein Kanzler Scholz durch einen Kanzler Merz, und der durch einen weiteren Kanzler, ich verrate nicht welchen, abgelöst würde.

1888, das war das Drei-Kaiser-Jahr, wo Wilhelm I. verstorben ist, dann sein Sohn Friedrich folgte und zuletzt war es Wilhelm II.

Das war das Drei-Kaiser-Jahr und ich glaube, es ist keine Drohung, sondern die einzige und größte Hoffnung für Deutschland, dass die Deutschen in 2025 oder kurz danach ein Drei-Kanzler-Jahr erleben.



Dr. Harald Weyel, Wirtschaftsprofessor, Europaratsmitglied und MdB a.D.

Interview zuerst erschienen im Deutschland Kurier, nachbearbeitet von Iris Plehn.

Video-Quelle:

<https://www.youtube.com/watch?v=raYreVERa-I>

Besuchen Sie uns auch auf Instagram oder Tiktok!



Instagram



TikTok



Die Auflösung des Kreuzworträtsels von Seite 16:

SUMSTIJAISSOS
DEBVLTE
SCHURMBLEN

10 | Gesundheit

Filmvortrag „Nur ein Piks-Im Schatten der Impfung“

Ein Rückblick auf das Filmprojekt von Mario Nieswandt



Im VGK Köln Verein für Geschichte und Kultur e.V.
Bernd Schöppe
<https://www.vgk-koeln.de>

Ein Virus hat im Jahr 2020 die Welt in Aufregung und Chaos versetzt. Schreckensmeldungen und Horrorszenarien wurden in der Presse und im Fernsehen verbreitet. Die vielen Bilder von überfüllten Intensivstationen, die Toten, die in Kühllastern gestapelt wurden, verbreiteten Angst. Die Politik griff zu drastischen Mitteln, wie Einschränkungen im täglichen Leben, Auswirkungen auf das Arbeitsleben und Ausgangssperren.

Die fehlenden Hilfsmittel wie Masken, Desinfektionsmaterial und Einweghandschuhe führten dazu, dass jeder zu seinem eigenen Schutz aktiv wurde und

selbst die Nähnadel in die Hand nahm. Die Ungewissheit, ob man sich mit dem Corona-Virus angesteckt hat, wurde durch massenweise Corona-Tests geprüft. Die hektische Suche nach einem geeigneten Impfstoff war die priorisierte Aufgabe der Pharmaunternehmen. Für die sonst lange dauernden Testphasen bei der Entwicklung von neuen Medikamenten hatte man keine Zeit. Es wurden Testreihen durchgeführt, aber nicht wie sonst über Jahre hinweg, sondern die Zulassung des Impfstoffes erfolgte in kürzester Zeit.

Als dann endlich ein Impfstoff gefunden war, wurde intensiv an der Immunisierung der Bevölkerung gearbeitet. Nicht nur einmal, sondern teilweise drei- und viermal wurden die Impfungen durchgeführt. Bei bestimmten Berufsgruppen wurden sogar verpflichtende

berufsbedingte Impfungen vorgeschrieben. Während der Großteil der Bevölkerung der Impfung zustimmte, gab es auch totale Impfgegner. Viele davon gingen auf die Straße und brachten ihren Unmut über die angeordneten staatlichen Maßnahmen zum Ausdruck. Manche der Geimpften hatten direkt nach der Impfung körperliche Probleme, wie Müdigkeit, Unwohlsein, Geschmacksverlust, Taubheitsgefühl in den Gliedmaßen. Andere, oft auch junge und sportliche Leute, bekamen erst nach längerer Zeit nach der Impfung Beschwerden wie Einschränkungen der Beweglichkeit, Atemnot, Gedächtnisverlust oder Nervenschmerzen, die sich durch den ganzen Körper zogen. Diesem Thema hat sich der Filmmacher Mario Nieswandt zusammen mit seinem Team angenommen. Sie reisten durch ganz Europa, suchten nach Impfgeschädigten, sprachen mit Hinterbliebenen von Impfopfern, interviewten Politiker, Ärzte und Wissenschaftler. Sie dokumentierten, analysierten die Aussagen und erstellten den Film „Nur ein Piks“. Im Rahmen unseres Gesprächskreises haben wir zur Filmvorführung „Nur ein Piks“ eingeladen und über eine Zoomschaltung begrüßte Herr Nieswandt unsere Gäste und berichtete über die Recherchearbeiten, über die Dreharbeiten und über die Resonanz des Films in den großen Kinos. Nach den einführenden Worten waren wir gespannt, welche Informationen und Eindrücke uns der Film „Nur ein Piks“ vermittelt.

In 80 Minuten sieht man, welches Leid die von einem Impfschaden betroffenen Personen ertragen müssen. Es

wird erklärt, wie schwierig es für die Betroffenen ist, eine umfassende Hilfestellung zu bekommen. Sei es die Anerkennung eines Impfschadens, die Bereitstellung geeigneter Hilfsmittel von den Kranken- und Pflegekassen oder gar die finanzielle Unterstützung. Darüber hinaus wird berichtet, dass mit Ärzten und Wissenschaftlern die Sachlage erörtert wurde. Es gibt darunter viele Stimmen, die die Impfung aus heutiger Sicht und den heutigen Erkenntnissen, anders entschieden und beurteilt hätten.

Auch wurden Ausschnitte aus den Pressekonferenzen des RKI gezeigt, die die Bevölkerung aufforderten sich impfen zu lassen, auch mit dem Hinweis, dies sei der einzige Schutz gegen das Corona-Virus. Dennoch, auch als Geimpfter konnte man an Corona erkranken. Je nach Stärke des Immunsystems des Corona-infizierten, fiel die körperliche Reaktion stärker oder schwächer aus. Der eine hatte nur eine Art leichte Erkältung, der andere litt wochenlang an einem Geruchs- und Geschmacksverlust oder an einer starken Grippe. Der Film „Nur ein Piks“ hat viele neue Gesichtspunkte aufgeworfen, die man vielleicht nicht so auf dem Schirm hatte oder auch gar nicht wissen wollte. Dennoch darf man sie nicht ignorieren.

Während der Coronazeit wurden vom Staat viele Milliarden an Hilfgelder für Unternehmen, Tests, Masken, Einrichtung von Impfzentren bereitgestellt und teilweise auch unberechtigt abgerechnet. Deshalb sollte auch jetzt für die Impfgeschädigten entsprechende Gelder zur deren Unterstützung und Behandlung zur Verfügung stehen. Es gibt noch viel aufzuarbeiten und zu

klären - auch das hat der Film aufgezeigt. Die Politik und Wissenschaft wurden von diesem aggressiven und sich schnell verbreitenden Virus überrascht. Sie waren zum schnellen und unverzüglichen Handeln gezwungen, mussten Entscheidungen treffen, um einen großen Schaden an der Bevölkerung abzuwenden. Dass dabei nicht jede Entscheidung die richtige ist, steht außer Frage.

Aufmerksam verfolgten die Teilnehmer den Film, schüttelten zwischendurch die Köpfe, andere waren sehr bewegt.

In der anschließenden Diskussionsrunde wurde das Für und Wider dieser Corona-Impfung besprochen.

Zu einem klaren Ergebnis kamen wir nicht, dazu waren die Positionen zu unterschiedlich. Aber was wäre gewesen, wenn es keinen Impfstoff gegeben hätte, wäre dann die Bevölkerung aufgrund Corona stark reduziert worden? Die Bilder aus Italien und New York waren allen gut im Gedächtnis. Eine Analyse der Ereignisse kann immer erst im Nachhinein erfolgen, wenn konkrete Zahlen vorliegen.

Vorher kann man nur mutmaßen – was wäre, wenn.



Fortsetzung von Seite 5 - Bürgermeisterwahl Ludwigshafen

Das Medienecho im In- und Ausland auf Ihren Fall ist ja enorm und keineswegs einseitig gegen Sie gerichtet. Sogar die renommierte „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) brachte die „Causa Paul“ auf die Seite 1. Wie erklären Sie sich dieses internationale Interesse an ihrem Fall?

Paul: Seit der Rede von US-Vizepräsident JD Vance auf der vergangenen Münchener Sicherheitskonferenz sind die Themen Meinungsfreiheit und der Status der parlamentarischen Demokratie in der BRD ein internationales Thema geworden. Wir haben ja mittlerweile in deutschen Landen Zustände, wo einfache Bürger, die im Internet ihre vom Mainstream abweichende Meinung kundtun, an manchen Stellen gewiss geschmacklos, übertrieben und scharf, in den unerbittlichen Fokus der Ermittlungsbehörden geraten und teilweise sogar verurteilt werden.

Auch mehrere Unterschriften-Aktionen für Sie lösten einen erstaunlich hohen Beteiligungssog „Pro Joachim Paul“ aus. Ein nur

punktuell Signal – oder mehr?

Paul: Ich bin nach wie vor überrascht über die Zustimmung über alle möglichen Kanäle und von vielen unterschiedlichen Bürgern, die zum Teil keine AfD-Wähler sind, sogar mit ihr fremdeln und nicht sicher sind, ob sie mich überhaupt wählen würden, mich aber trotzdem unterstützen. Tenor: Sie halten meinen Ausschluss von der OB-Wahl für einen Skandal und fühlen sich um ihre Wahlmöglichkeiten betrogen. Alles erfreuliche Zeichen von zunehmender Wachsamkeit vieler Bürger.

Selbst der von den Grünen kommende OB von Tübingen, der streitbare Boris Palmer, verurteilte die gegen Sie praktizierte Vorgehensweise und plädierte für eine sachorientierte Auseinandersetzung mit Ihnen und der AfD.

Paul: Das spricht für die kommunale Erfahrung des Boris Palmer. Denn was hier im Wahlausschuss gegen mich inszeniert worden ist, dass man

nämlich im Prinzip die Mitgliedschaft und die Stimmrechte in einem temporären Gremium, das eigentlich nur dafür da ist, die formelle Richtigkeit von Wahlabläufen zu bestätigen und zu beglaubigen, jetzt als freies Mandat auffasst, wird die gesamte kommunale Ordnung durcheinander bringen. Ich habe ja immer den Wahlvorschlägen aller Parteien zugestimmt, weil ich eben die politische Auseinandersetzung im Wahlkampf führen will und mir kein Urteil darüber anmaße, wen der Wähler zu wählen hat. So funktioniert Demokratie.

Herr Paul, Sie haben gegen die Entscheidung des Wahlausschusses bzw. der Oberbürgermeisterin geklagt. Welchen Stand hat das uristische Verfahren und mit welcher finalen Gerichtsentcheidung rechnen Sie?

Paul: Wir haben per Eilantrag sofort gegen den Ausschluss geklagt, die Klage lag beim Verwaltungsgericht Neustadt an der Weinstraße, ist aber inzwischen abgelehnt worden. Wir richten

uns nun darauf ein, den weiteren Rechtsweg zu beschreiten, und zwar beim Oberverwaltungsgericht Koblenz. Über eine mögliche Verfassungsbeschwerde machen wir uns nach dem Ausgang der nächsten Instanz Gedanken. Soweit vertraue ich auf den Rechtsstaat. Dennoch: Sollten wir erst nach der Wahl Recht bekommen, werden wir eine Anfechtung ins Auge fassen.

Und was bewirkt dieser Beschluss des Ludwigshafener Wahlgremiums, wenn sich die Gerichte dieser Vorgehensweise auch in letzter Instanz anschließen?

Paul: Dieser Beschluss bedeutet nichts weniger, als dass zukünftig parteipolitisch motivierte Innenminister auf Grundlage von fragwürdigen Elaboraten eines parteipolitisch motivierten Inlandsgeheimdienstes bei vorliegenden geneigten Mehrheiten in den Wahlausschüssen die Konkurrenz einfach so ausschalten können. Die politische Auseinandersetzung findet dann also nicht mehr im Wahlkampf,

„Künftig können parteipolitisch motivierte Innenminister unliebsame Kandidaten einfach ausschalten.“

sondern in den Wahlausschüssen statt. Dort agieren aber Parteisol-daten, die wie in Ludwigshafen geschehen, taktisch agieren – insbesondere, wenn ihre Parteien selbst Kandidaten ins Rennen schicken. Die Demokratie, die insbesondere auf fairen, freien Wahlen und einer echten Auswahl beruht, nimmt so schweren Schaden, weil sie den Bürgern die Hoffnung auf Wandel durch Stimmabgabe raubt. Künftig sollten die Etablierten daher nicht mehr mit dem Finger nur auf Ungarn, Polen, Iran und mittelamerikanische Staaten zeigen. Denn auch hier hat sich ein enormes Demokratiedefizit offenbart: Das passive Wahlrecht ist nur noch teilweise ein Grundrecht, auf das der Bürger vertrauen kann!

Das Gespräch führte
Bernd Kallina

Ausflugstipps

Bergischer Weg und Bergischer Panoramasteig als „Qualitätswege Wanderbares Deutschland“ rezertifiziert

Aus der Pressemitteilung „Das Bergische“



Das Bergische Wanderland bestätigt erneut seine Spitzenqualität

Der „Bergische Panoramasteig“ wurden vom Deutschen Wanderverband erneut als „Qualitätswege Wanderbares Deutschland“ ausgezeichnet. Die Zertifikate wurden am 3. September im Rahmen des Caravan Salon Düsseldorf vom Vizepräsidenten des Deutschen Wanderverbands Thomas Gemke feierlich überreicht.

Große Unterstützung erfährt das Wegemanagement des Naturparks durch die ehrenamtlichen

Wegepaten und durch die Bauhöfe der Städte und Gemeinden.

Strenge Kriterien – Punktlandung bei der Rezertifizierung

Die Auszeichnung „Qualitätsweg Wanderbares Deutschland“ setzt die Erfüllung umfangreicher Kriterien voraus: Unter anderem sind mindestens 35 Prozent naturnahe Wege und höchstens 20 Prozent befestigte Wege gefordert. Auch die übrigen Kriterien orientieren sich an den Bedürfnissen von Wandernden. Hierzu zählen abwechslungs-

und aussichtsreiche Wanderwege in natürlicher Umgebung, eine zuverlässige Markierung sowie eine gute Infrastruktur am Wanderweg. Angesichts der vielen Schwierigkeiten durch Waldschäden, Hangrutsche, Starkregenereignisse und Forstwegesanierungen war die Rezertifizierung diesmal eine besondere Herausforderung.

„Bei einem der wichtigsten Kriterien, den naturnahen Wegen, haben wir mit 35,6 Prozent beim Bergischen Weg eine echte Punktlandung hingelegt. In vielen Regionen ist eine Zertifizierung derzeit kaum möglich. „Wir haben es nur durch die sehr gute Zusammenarbeit in unserer Region geschafft“, so Gabi Wilhelm vom „Das Bergische“.

Der Bergische Weg – Deutschlands schönster Wanderweg 2024

Der Bergische Weg verbindet auf 259 Kilometern und 14 Etappen die Kulturlandschaften Bergisches Land, Ruhrgebiet und Rheinland. Von Essen bis Königswinter erwarten die Wanderer abwechslungsreiche Natur mit Wäldern, Tälern, Bächen sowie eine lebendige Kulturgeschichte mit Burgen, Schlössern, historischen Dörfern und Mühlen. Im Jahr 2024 wurde der Bergische Weg sogar zu Deutschlands

schönstem Wanderweg gekürt. Zudem können Wanderfans die Bergische Wandernadel über „SummitLynx“ erwandern.

Der Bergische Panoramasteig Mit einer Länge von 244 Kilometern führt der Bergische Panoramasteig in 12 Etappen durch eine der abwechslungsreichsten Mittelgebirgslandschaften Deutschlands.

Er verläuft durch Wälder, Wiesen und vorbei an Talsperren, immer wieder über die für die Region typischen Höhenzüge mit ihren spektakulären Ausblicken.

Kulturhistorische Spuren sowie eine reiche Flora und Fauna

machen die Wanderung zu einem besonderen Erlebnis. Bildunterschriften und -nachweise: (SW> Nummerierung nur für die Identifikation!)

2) Der Bergische Weg wurde zum fünften Mal in Folge vom Deutschen Wanderverband als „Qualitätsweg Wanderbares Deutschland“ zertifiziert. © Annika Kolken / Das Bergische

3) Der Bergische Panoramasteig ist seit seiner Einweihung 2013 durchgehend mit der Auszeichnung „Qualitätsweg Wanderbares Deutschland“ zertifiziert.

© Holger Hage für „Das Bergische“



Warum nicht mal eine Hafenrundfahrt in Köln?

Eine Schifffahrt, die ist lustig ... und interessant

VON NATHALIE WAGNER

Vielleicht haben Sie schon einmal eine Hafenrundfahrt in Hamburg unternommen, in Köln geht das aber auch. Am Anleger Nr. 10 können Fahrkarten für Euro 35,00 pro Person erworben werden und dann geht es auch schon los.

Die Hafenrundfahrt mit Fremdenführerin an Bord informiert Interessierte über die Geschichte, die Tätigkeitsfelder und das Ausmaß der Kölner Hafenanlagen. Die Fahrt dauert drei Stunden, die man bei schönem Wetter oben an Deck verbringen kann, aber natürlich auch unten. Dabei kann man Köln, Wein oder andere Getränke zu sich nehmen und danach noch gemütlich durch die Altstadt bummeln. Buchungen unter: GetYourGuide Köln: Hafenrundfahrt im Internet.



12 | Reisen

Bukarest

VON MARIA DE SANTIS



Die Hauptstadt Rumäniens ist ab Düsseldorf in zweieinhalb Stunden erreichbar und bietet sich so als interessantes Ziel für einen Städtetrip an.

Die meisten Deutschen wissen kaum etwas über Rumänien - abgesehen von zwei berühmten Namen: Vlad III. Țepeș, das historische Vorbild des Grafen Dracula, und Nicolae Ceaușescu, der letzte kommunistische Diktator.

Tatsächlich war es Bukarest Vlad III. Țepeș, der 1449 Bukarest erstmals urkundlich erwähnte.

Auf ihn gehen auch Anfänge des Fürstenhofes der Walachei im Stadtzentrum zurück. Seine Nachfolger ließen den Komplex im italienischen Stil ausbauen.

Nach einem Erdbeben 1738 wurde er jedoch verlassen und verfiel.

Eine originalgetreue Rekonstruktion war geplant, doch das Geld fehlte. Heute sieht man hier nur abgesperrte Ruinen. Vlad III. Țepeș ist heute für viele Rumänen ein Nationalheld.

An den Ruinen seines Palastes findet man ein kleines Poster mit der Bitte um Rückkehr und Rettung des Landes vor Korruption und Misswirtschaft.

Ab etwa 1400 stand die Walachei unter osmanischer Herrschaft, genoss jedoch eine gewisse Autonomie. In dieser Zeit entwickelte sich Bukarest zum Handelszentrum.

Erste Krankenhäuser, Lehranstalten, zahlreiche Kirchen und mehrere Prachtbauten entstanden. Darunter auch die Verkündigungskirche Buna Vestire aus dem 16. Jahrhundert, das älteste erhaltene Gebäude der Stadt, heute eine der wichtigsten Sehenswürdigkeiten.

Schräg gegenüber liegt Hanul Manuc (1804-08), einst ein Handels- und Gasthof im Stil

einer orientalischen Karawanserei, heute ein hübsches Restaurant mit leckerer Küche und verbesserungsfähigem Service.

Das Leipziger Viertel entstand im 17. Jahrhundert als Handwerker- und Handelsviertel. Heute findet man in den engen Gassen viele Restaurants und Souvenirläden, aber auch die sehr hübsche Stavropoleus-Kirche aus dem 18. Jahrhundert.

Mittelpunkt ist die Strada Lipscani (Leipziger Straße).

Hier verkauften die siebenbürger Händler ihre Waren, die sie auf der Leipziger Messe erstanden hatten. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fiel die Walachei unter russische Herrschaft.

Diese endete mit dem Krimkrieg 1856. Die Siegermächte Preußen, Frankreich und Habsburg garantierten den Fürstentümern Moldau und Walachei innenpolitische Unabhängigkeit, bestimmten jedoch die Außenpolitik.

1862 vereinigten sich beide Fürstentümer unter dem Namen Rumänien.

1881 wurde Rumänien eine Monarchie, Karl von Hohenzollern wird als Carol I. König.

Auch Bukarest blühte im 19. Jahrhundert auf. Nach einem Großbrand im Jahr 1847 erfolgte ein moderner Wiederaufbau nach dem Vorbild von Paris mit breiten Prachtstraßen.

Die älteste und schönste Prachtstraße der Stadt ist die Calea Victoriei. Hier findet man imposante Museen, Banken und Hotels, darunter die Casa Capșa mit ihrer berühmten Konditorei.

Im Ersten Weltkrieg stand Rumänien auf Seiten der Sieger: aus dem Nationalstaat wurde der Vielvölkerstaat Groß-Rumänien. Im Zweiten Weltkrieg trat Rumänien unter „Staatsführer“ Ion Antonescu 1940 dem Dreimächtepakt bei.

Nach einem Staatsstreich durch König Michael wechselte Rumänien die Seiten und verbündete sich im August 1944 mit den Alliierten.

Nach dem Krieg wurde bereits 1945 eine kommunistische Regierung errichtet. König Michael dankte 1947 ab, Rumänien wurde Republik.

In Bukarest folgten forcierte Industrialisierung und Wohnungsbau: die kommunistische Planwirtschaft sah 13-14 Quadratmeter Wohnfläche pro Einwohner vor.

1967 wurde Nicolae Ceaușescu Staatsratsvorsitzender.

Zunächst beliebt und prowestlich eingestellt, sorgte er dafür, dass Rumänien als erstes Land des sowjetischen Einflussbereichs diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufnahm.

Das änderte sich 1971 nach einer Reise durch China und Nordkorea, von der er den Personenkult mitbrachte.

1974 ernannte er sich zum Präsidenten, die Securitate beseitigte alle Kritiker.

1977 zerstörte ein Erdbeben große Teile Bukarests, 1500 Menschen starben.

Ceaușescu nutzte die Gelegenheit, die traditionelle Stadtarchitektur durch neue Symbole monumentaler Machtdemonstration zu ersetzen.

An der Piața Revoluției befindet sich der rumänische Königspalast, in dem sich heute das Nationale Kunstmuseum befindet.

Gegenüber steht das frühere Gebäude des Zentralkomitees der Rumänischen Kommunistischen Partei.

Der Platz dazwischen wurde von den Kommunisten als

Aufmarschgelände für Massenveranstaltungen genutzt.

Hier hielt Nicolae Ceaușescu am 21. Dezember 1989 seine letzte Rede - bevor er in einem Hubschrauber aus der Stadt fliehen musste.

Kurz darauf wurde er von der Armee verhaftet, in einem Schnellverfahren zusammen mit seiner Frau wegen Völkermord und Schädigung der Volkswirtschaft zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Vor dem Gebäude befindet sich heute ein Mahnmal für die Opfer der Revolution.

Eine weitere Sehenswürdigkeit am Platz ist die Universitätsbibliothek, 1891 von König Carol I. gestiftet.

In der Nähe befindet sich in einer kleinen Grünanlage das Athenäum. Diese Konzerthalle wurde 1886-95 von französischen Architekten im Stil des Eklektizismus erbaut.

Der Konzertsaal bietet Platz für 1000 Besucher.

Bukarest bietet noch eine Reihe weiterer Sehenswürdigkeiten, doch die beeindruckendste ist das monumentale Haus des Parlaments. Der Bau wurde 1984 im Auftrag von Nicolae Ceaușescu begonnen. 400 Architekten, 20.000 Zwangsarbeiter und Soldaten waren

beteiligt.

Der Palast wurde 1997 vollendet und beherbergt heute das rumänische Parlament und mehrere Museen.

Er liegt auf einem künstlichen Hügel, darunter befindet sich eine mehrgeschossige Bunkeranlage. Das schwerste Gebäude der Welt ist 275 Meter lang und 235 Meter breit. Es ragt 86 Meter in die Höhe und 93 Meter in die Tiefe.

Die Baukosten werden auf 3,3 Milliarden Euro geschätzt. 2008 betrug allein die Stromrechnung 1,7 Millionen Euro.

Heute kümmern sich 170 Techniker um die Erhaltung des Gebäudes.

Ein kleiner Teil der riesigen, prunkvollen Räume kann mit einer Führung besichtigt werden.

In der Umgebung von Bukarest findet man weitere interessante Sehenswürdigkeiten: mehrere alte Klöster, die Schlösser Peleș, Pelicor, Foișor, Cantacuzino und Bran („Draculas Schloss“), den Naturpark Bucegi mit einer größeren Population von Braunbären und die hübschen Orte Sinaia und Brașov (Kronstadt).

Ab Bukarest werden Tagestouren zu einigen dieser Orte angeboten, aber eine Rundreise mit dem Mietwagen wäre vermutlich entspannter.



Schloss Augustusburg in Brühl

Ein Juwel aus dem Übergang vom Barock zum Rokoko

VON JOHANN FEHNER



Schloss Brühl Außenanlage

Die Schlösser Augustusburg und Falkenlust in Brühl bei Köln zählen heute zu den bedeutendsten Bauwerken aus der Übergangszeit vom Barock zum Rokoko – und haben in der Geschichte der Bundesrepublik eine bemerkenswerte Nebenrolle eingenommen.

Glanz des Barock und Rokokos
Der Bau des Hauptschlusses für Kurfürst und Erzbischof Clemens August begann 1725 unter der Leitung des westfälischen Bau-meisters Johann Conrad Schlaun und ersetzte die nach der Schlacht bei Worringen für den Kölner Kurfürst notwendig gewordene Burg – in die Stadt Köln durfte er nur noch zu festgelegten Ereignissen.

Nach der Entlassung des ersten Architekten, der noch im Barocken Stil baute, übernahm nach Intervention des älteren Bruders von Clemens August der französische Architekt François de Cuvilliés im neuen Stil des Rokoko.

Besonders das monumentale Treppenhaus, ein Meisterwerk des Architekten Balthasar Neumann, gilt als eines der schönsten seiner Art weltweit.

Die luftige Konstruktion mit ihren geschwungenen Linien und dem aufwendigen Stuck scheint die Besucher regelrecht in die Beletage emporzutragen. Die freskengeschmückten Decken und die kunstvollen Details zeugen vom Repräsentationsbedürfnis und dem verfeinerten Geschmack des Rokoko-Zeitalters.

Gemütlich ist allerdings anders. Die Kachelöfen in den Zimmern wärmten diese im Winter etwa bis 13°C, sofern sie nicht nur eine repräsentative Funktion hatten.

Vor dem Hintergrund scheint nachzuvollziehen, dass der Adel jener Zeit sämtliche Last auf seinen Schultern aufgebürdet sah und das Leben der Bauern als vorwährenden „Tanz durch die Natur“ beneideten, was sich in den

Deckenfresken widerspiegelt. Seit 1984 gehört das Schloss zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Bühne der Bonner Republik
In der Zeit der Bonner Republik diente Schloss Augustusburg als Empfangsgebäude des Bundespräsidenten.

Die Speisen für die Banquette mussten allerdings vom damaligen Bundesgästehaus Schloss Petersberg bei Königswinter geliefert werden. Ein organisatorischer Wahnsinn wie auch Meisterleistung.

Staatsgäste von Weltrang – von John F. Kennedy über Charles de Gaulle bis hin zur britischen Königin – wurden hier in feierlichem Rahmen empfangen. Für letztere musste zwei Wochen auf eigens dafür neu bezogenen Stühlen „probegesessen“ werden. Man hatte festgestellt, dass der Bezug rot abfärbte.

Manche Diplomaten scherzten, Brühl sei das „schönste Wartezimmer der Republik“. Während die eigentlichen politischen Gespräche in Bonn stattfanden, schuf die Schlossanlage den idealen Rahmen für Staatsbankette, Kammerkonzerte und festliche Programme.

Berühmt wurde dabei die Szene, in der Königin Elisabeth II. den

steilen Stufenaufgang des Schlosses mit einer Leichtigkeit erklimm – während einige hochrangige deutsche Politiker mit sichtlicher Mühe hinterherkeuchten.



Das Schloss Brühl ist damit nicht nur eine Perle barocker Baukunst, sondern auch ein Symbol für die politische Kultur und den Charme jener frühen Bundesrepublik.



Leserbriefe

Diebstähle in Kliniken

Dass in Kliniken permanent gestohlen wird, ist hinreichend bekannt, allerdings hat das Ausmaß deutlich zugenommen. Seitens der Kliniken wird gebetsmühlenartig darauf hingewiesen, Wertgegenstände zu Hause zu lassen.

Dieser Ratschlag allein reicht aber nicht aus. Kliniken verschweigen nämlich, dass der größte Wertgegenstand eines Patienten die Haus- und Wohnungsschlüssel sind, und diese trägt so gut wie jeder bei sich. Daher sollten grundsätzlich die

Wohnungsschlüssel von der Klinikverwaltung abgefragt und sicher untergebracht werden – ungeachtet von „sicheren Schließfächern“.

Denn lässt sich aus vorhandenen, oder mitgebrachten Dokumenten, wie Ausweis oder Krankenunterlagen, der Wohnsitz ermitteln, wird der Schlüsselbund zum größten Wertgegenstand überhaupt, und der Schaden einer ausgeraubten Wohnung dürfte den Verlust von Schmuck und Geld in einer Klinik bei Weiter übertreffen.

Im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht sehe ich die Kliniken gefordert, ihre Patienten dahingehend aufzuklären, sowie eine dem Fortschritt entsprechende Sicherheitslösung anzubieten. Holz-schließfächer auf den Zimmern sind jedenfalls keine Lösung, denn diese lassen sich mittels Essbesteck mühelos aufhebeln. Letztendlich bleibt noch die Frage offen, wie sichern Kliniken Wertgegenstände von Unfall-, und anderen Notfallpatienten?

Mit freundlichen Grüßen
Michael Roth

„11 Jahre Flüchtlingsheim im ehemaligen Lübbecke-Verlagsgebäude in der Scheidtbachstraße (Bergisch Gladbach)“

Elf Jahre ist es her, da wurde ich vor dem ehemaligen Lübbecke-Verlagsgebäude in der Scheidtbachstraße (Bergisch Gladbach) von der Journalistin Uta Böker, Mitarbeiterin des Kölner Stadt-Anzeigers, sowie der Bergischen Ausgabe, nach meiner Einschätzung hinsichtlich der dortigen Unterbringung von Flüchtlingen befragt.

Frau Böker sagte ich damals unter anderem: „Flüchtlinge aufnehmen, bedeutet auch, für diese aufzukommen“, und in diesem Zusammenhang: „Wenn der Flüchtlingsstrom in diesem Tempo anhält, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis unser

Sozialsystem wie ein Kartenhaus zusammenfällt.“ Heute, 11 Jahre später, hat sich meine Befürchtung bestätigt. Unser Sozialsystem ist zusammengebrochen. Man möchte es nur nicht wahrhaben, geschweige denn zugeben. Es hilft nicht, wenn weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen, der Bestand aber bleibt, und die Sozialleistungen, selbst bei geringer Zuwanderung, kontinuierlich steigen.

Die Integration ist gescheitert, die innere Sicherheit durch importierte Mentalität und Strukturen gefährdet, unser Schulsystem am Abgrund und

unser Gesundheitssystem ist pleite. In USA und Australien können sich viele Menschen keine Krankenversicherung leisten. Bei uns hingegen wird allen Asylanten nach Großmannssucht beitragslose Krankenversicherung gewährleistet und in die Welt posaunt: „Deutschland ist eins der reichsten Länder der Erde“.

Fazit: Nur noch ein Zuwanderungstopp, wie auch immer geregelt, kann Städte und Kommunen vor einem finanziellen Super-GAU retten.

Mit freundlichen Grüßen
Michael Roth

Ineffiziente Bürokratie

Wieder habe ich Ihre Zeitung gelesen. Die Artikel sind informativ, fundiert, zum Glück keinem Mainstream nachgeplappert. In Ihrer 3. Quartals-Ausgabe las ich von der Zulassungsstelle im Kreishaus und dieser Artikel erinnerte mich an ein eigenes, sehr ähnliches Erlebnis vor wenigen Tagen. (zu schnell gewöhnt man sich an diese Bürgerferne der Ämter.)

Also: Anfang Juni diesen Jahres beantragte ich vorschriftsmäßig beim Amtsgericht einer Bergischen Kleinstadt einen Beratungsschein für ein Beratungsgespräch beim Rechtsan-

walt. Diesen Gesprächstermin hätte ich von einem Tag auf den anderen beim RA haben können, aber nicht ohne Schein. Jetzt nach 2 Monaten erkundigte ich mich auf dem Gericht nach dem Verbleib des Scheines. Ich traute meinen Ohren nicht: "Das dauert noch, wir haben schließlich Urlaubszeit!" Ich hake dies ab unter überbordende, dafür immer schwerfälliger werdende Bürokratie; der Bürger darf diese Amtsstuben finanzieren, aber bitte keine zügige Gegenleistung erwarten. "

Mit freundlichen Grüßen
Erika Stockhausen

Leserbrief zur: „Demokratie“

Wir haben eine Demokratie und leben sie nicht. Wer nicht der linken Meinung entspricht wird als undemokratisch oder rechtsradikal abgestempelt. Der Begriff „Demokratie“ hat somit seinen Ursprung verloren, wird einseitig sowie ideologisch missbraucht, überstrapaziert und abgewertet. Eine im ursprünglichen Sinne verstandene Demokratie ist letztendlich unglaublich geworden. Daher ist das Schlagwort „Demokratie“ durchaus als Unwort des Jahres geeignet.

Das Schlagwort „Demokratie ist mittlerweile derart abgedroschen und überstrapaziert, dass

es niemand mehr ernst nimmt, geschweige denn hören mag. Wenn der Gesellschaft bereits vermittelt wird, dass Homophobie und Einsamkeit die Demokratie gefährdet, ist es nur noch eine Frage der Zeit. dann wird auch eine Blähung als demokratiefeindlich eingestuft. Der permanente Missbrauch des Wortes „Demokratie“ seitens Politik und Medien schadet dem Volk mehr, als er nützt. Außerdem, eine wahre Demokratie kennt keine Brandmauern, sondern Volksabstimmung (s. Schweiz).

Mit freundlichen Grüßen
M. Roth

14 | Wissenschaft · Lokales

Mars: Licht, Lebensträume und die Herausforderung einer neuen Welt

VON FRIDA KESSEL



Der Mars bleibt das wohl faszinierendste Ziel der modernen Raumfahrt.

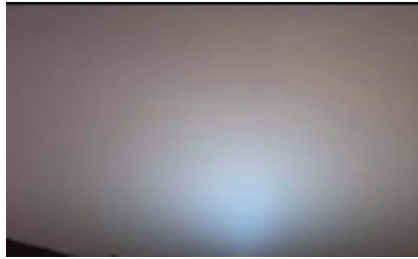
Trotz seiner feindlichen Umgebung gibt es auf dem Roten Planeten vieles, was an die Erde erinnert – einschließlich Sonnenlicht. Zwar erreicht den Mars nur

etwa 43 Prozent der Sonnenenergie, die die Erde erhält, dennoch ist es tagsüber hell genug, um klare Schatten zu werfen. Besonders bemerkenswert sind die Sonnenuntergänge: Anders als auf der Erde färbt sich der Himmel rund um die untergehende Sonne in einem kühlen Blau. Verantwortlich dafür sind feine Staubpartikel in der Marsatmosphäre, die das Sonnenlicht auf ungewöhnliche Weise streuen. Das Resultat ist eine eindrucksvolle Umkehrung dessen, was wir

auf der Erde gewohnt sind – ein blauer Sonnenuntergang in einer rot gefärbten Landschaft. Doch der Mars fasziniert nicht nur durch seine natürliche Schönheit. Elon Musk verfolgt mit SpaceX eine Vision, die weit über wissenschaftliche Erkundung hinausgeht: die Schaffung einer dauerhaften, unabhängigen Marskolonie. Erste unbemannte Missionen sollen noch in diesem Jahrzehnt stattfinden. Grundlage dafür ist die Starship-Rakete – ein wiederverwendbares Transportsystem, das große

Mengen an Fracht und Passagieren bewegen kann. Die Pläne sind ambitioniert: Wassergewinnung aus dem Boden, Herstellung von Treibstoff aus der Atmosphäre und der Aufbau einer demokratisch organisierten Gesellschaft auf einem fernen Planeten. Gleichzeitig sind die Herausforderungen gewaltig. Schutz vor Strahlung, lebensfähige Habitate und die psychologische Belastung interplanetarer Isolation müssen gelöst werden, bevor eine dauerhafte Besiedlung möglich

wird. Ob und wann der Traum von einer Marsstadt Realität wird, bleibt offen. Doch eines ist sicher: Die Vision von Sonnenuntergängen unter fremdem Himmel rückt näher, als es je zuvor der Fall war.



LOKALES

Rösrath Sicherheits-Situation an vielen Schulen zunehmend schwierig

Teenager schlagen auf Teenager ein

VON LÄTITIA CAPUCCI



Bild von © Goran Horvat auf Pixabay

Was sich nun schon zum wiederholten Mal an einer Rösrather Schule ereignet hat, lässt nicht nur den betroffenen Eltern die Haare zu Berge stehen. Ein 14jähriges Mädchen wurde von mehreren migrantischen Teenagern krankenhaushausreif geschlagen. Auf Nachfrage von BF antwortete die Mutter, dass das und ähnliche Situationen an Rösrather Schulen immer öfter vorkommen. Nicht nur die Eltern sind ratlos und wenden sich an die Polizei,

um Anzeige zu erstatten. Auch die Lehrer und Rektoren sind damit überfordert. Diese sollten doch eher Zeit und Gelegenheit haben, die ihnen anvertrauten Kinder zu bilden statt bei gefährlichen und unangebrachten Prügeleien intervenieren zu müssen. Es muss auch vermieden werden, dass Kinder von der Schule verwiesen werden müssen. Und wenn, warum sollen die Kinder, die grundlos zusammengeschlagen werden, gehen und

nicht die, die die Brutalität verursachen? Das Handy der Mutter wurde übrigens von der Polizei beschlagnahmt, aber nicht zur Beweisführung gegen die Drohungen per Handy an das eh schon verletzte Kind, sondern zum Beweis dafür, dass die Mutter, die die Drohungen aufgenommen hatte, die Persönlichkeitsrechte der Delinquenten verletzt hat. Mittlerweile muss sich die betroffene Mutter anwaltlich beraten lassen.


Sie haben Interesse, sich bei der Bergischen Freiheit zu engagieren?

Wenn Ihnen die Zeitung gefällt und Sie sich bei dem Projekt engagieren möchten, zögern Sie nicht, uns anzuschreiben:
E-Mail: redaktion@bergische-freiheit.de oder info@i-f-ge.de bzw. auf dem Postweg unter
Bergische Freiheit -Redaktion-, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid.


Ob Sie uns auf interessante Themen hinweisen möchten, die Sie gerne in der Zeitung wiedersehen würden, direkt einen Beitrag zur Verfügung stellen können oder ob Sie uns bei der Verteilung bzw. in der Administration unterstützen wollen,

würden wir uns freuen, von Ihnen zu hören.

Ihre Redaktion



Spenden Sie über unsere
Webseite: www.i-f-ge.de



Impressum Bergische Freiheit:

Verantwortlicher Verleger, Herausgeber und V.i.S.d.P.: Institut für Gesellschaftsentwicklung e.V. - Vereinsregister-Nr.: 558/2022 beim Amtsgericht Köln
vertreten durch: Iris Plehn, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid, E-Mail: info@i-f-ge.de - Redaktion: Iris Plehn (verantwortlich)

Spendenkonto: I-f-GE, Kreissparkasse Köln, IBAN: DE87 3705 0299 0320 5556 20, Verwendungszweck: Spende, Ihr Name, Ihre Adresse (für Spendenbescheinigung)

Presserechtliche Ansprüche im Zusammenhang mit Veröffentlichungen und Anfragen aller Art richten Sie bitte an: redaktion@bergische-freiheit.de



500 Jahre Bauernkrieg

Schlacht bei Frankenhausen Thomas Müntzers - scheitern unter’m Regenbogen.

VON JOHANN FEHNER



Foto von © Josef Matyáš Trenkwald auf Wikimedia Commons

Am 15. Mai 1525 sahen sich die Müntzer an der Spitze ihrer bewaffneten Bauern mit Thomas Wagenburg bei Frankenhausen

einer militärischen Übermacht des Adels aus erfahrenen und gut trainierten Soldaten gegenüber.

Der Priester Thomas Münzer, lange an der Seite Luthers für die Reformation einer sich von den Grundlagen des christlichen Glaubens entfernten Kirche kämpfend, sah jedoch die gesamte Gesellschaft als reformbedürftig. Diese wollte er entsprechend seiner durch Mystizismus geprägten Vorstellung durchsetzen und dabei auf Gewalt. „Ein gottloser Mensch hat kein Recht zu leben, wo er die Frommen behindert [...]“.

Mit dieser Einstellung wurde er Führer im Bauernkrieg, dessen Ursache eine Verarmung der Bauern durch Umstellung von Natural- auf Geldleistungen mit einhergehendem Absinken der

Preise für Agrarprodukte war. Die gescheiterten Verhandlungen mit Adel und Klerus führten dann zum gewaltsamen Aufstand.

Das Naturereignis eines „Halo“, ein Ringförmiger Regenbogen um die Sonne, war für Müntzer dann die göttliche Botschaft des Sieges gegen die feindliche Übermacht. Verhandlungen über die Aufgabe des Widerstandes, die das Leben der Bauern geschont hätte, wurden verworfen.

Die völlige Verkennung der Realität gepaart mit einem illusorischem Welt- und Gottesbild und dem vermeintlichen Recht auf Gewalt Umsetzung der eigenen Forderungen führte zur völligen Vernichtung des Bauernheeres und zum Tod Thomas Müntzers. Unter dem Symbol des Regenbogens erkennt man

erstaunliche Parallelen zum heutigen Grünen Sozialismus. Fern von der Realität soll mit Gewalt umgesetzt werden, was nicht ins Bild passt. Die Konsequenzen für die Menschen treten dabei in den Hintergrund.



© Christoffel van Sichem WikiCommons

Die berüchtigten Rheinwiesenlager der Amerikaner

VON LÄTTITIA CAPUCCI

Vor 80 Jahren: Millionenfacher Tod deutscher Soldaten in amerikanischer und französischer Gefangenschaft

In diesem Jahr 2025 jährte sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 80. Mal. Es gab die üblichen Reden und Veranstaltungen.

Nur zur Feier in Moskau reisten dieses Mal bestimmte Politiker nicht, da es wieder eine Verhärtung der West-Ost-Front vor dem Hintergrund des Russland-Ukraine-Krieges gibt.

In diesem Jahr sei auch an die unnötigen Tode der Wehrmachtssoldaten in den Rheinwiesenlagern und in den Lagern von Bad Kreuznach erinnert. Der kanadische Historiker James Bacque hat in seinem Buch „Der geplante Tod“ (1990, Ullstein) als einer von mehreren Historikern darauf hingewiesen, dass es für die Verpflegung der gefangen genommenen Wehrmachtssoldaten sehr wohl genügend Nahrungsmittel in den amerikanischen Lagern gab, diese

aber nicht an die Soldaten verteilt wurden. Stattdessen mussten sie in selbst ausgehobenen Gruben leben und hatten weder genug zu trinken noch genug zu essen. Die Schuld daran trug eindeutig Eisenhower, wie der Autor nachweist. Denn er kürzte die vorgeschriebene Lebensmittelration pro Mann um die Hälfte. Zu Hunger und Durst mussten die Soldaten unter unhygienischen Zuständen leiden und viele von ihnen starben an Hunger und Ruhr. An den Wehrmachts-

soldaten wurde von Seiten der Alliierten ein fürchterliches Exempel statuiert. Es gab insgesamt ca. elf Mio. deutsche Kriegsgefangenen, davon drei Mio. in Russland, von denen 73% dort starben). Die neun Millionen Kriegsgefangenen Deutschen verteilten sich auf britische, französische und US-amerikanische Lager.

Viele Einheimische versuchten, den Soldaten mit Essensrationen zu helfen. In Bretzenheim im Rathaus,

Große Straße 12, (bretzenheim.de) (Stadtteil von Bad Kreuznach) gibt es ein Dokumentationszentrum zum Thema Kriegsgefangenenlager Bretzenheim 1945-1948. Dort können Dokumente, Berichte, Tagebücher und Fotos etc. eingesehen werden.

Außerdem gibt es bei YouTube Berichte von ehemaligen Wehrmachtssoldaten, die die Gefangenschaft überlebt haben, so z.B. von Joachim Büse: Alltag im Kriegsgefangenenlager Bretzenheim 1945.

Das Schicksal der Wolskinder

VON LÄTTITIA CAPUCCI

Verwaiste oder verlorene Kinder im Taumel der Ereignisse zum Ende des Zweiten Weltkrieges in Ostpreußen.

In diesen Tagen des Jahres 2025 wird der 80 Jahre seit Ende des Zweiten Weltkrieges vielfach gedacht. Dabei sind es oft die üblichen Gegenstände dieser Erinnerung, die wir schon immer konsumiert haben anlässlich der verschiedensten Feierlichkeiten.

Daher beleuchtet die „Bergische Freiheit“ einmal die Schicksale der Wolskinder aus Ostpreußen, deren traurige Erinnerungen, sofern sie noch leben, sich nun auch zum 80. Mal jähren.

In den Wintermonaten von 1944/1945 flohen die Ostpreußen vor der Roten Armee über Land und auch über die gefrorene Ostsee. Sofern die Mütter mit ihren Kindern und den Großeltern nicht in der Ostsee eingebrochen waren und somit nicht ertrunken waren, kämpften sich andere durch Wälder durch, um noch Schiffe oder Züge in den Westen von Deutschland zu erreichen.

Bei diesen äußerst entbehrungsreichen und oft auch aussichtslosen Fluchtbewegungen kam es vor, dass sich Mütter und ihre Kinder verloren oder dass die entkräfteten Mütter schlichtweg

starben. Für die Kinder hieß das, allein klarkommen zu müssen. Dabei gerieten sie nicht selten in Gefahr, wenn sie sich beispielsweise nach Litauen retten wollten. Aber auch in Litauen angekommen, ging ihr Martyrium weiter. Sie bettelten bei den Bauern, die ihnen aber nichts geben durften, denn das war verboten und wurde von den Russen kontrolliert.

Dennoch spendeten die Bauern Lebensmittel, Nachtlager oder für eine kurze Zeit mussten die Kinder am Hof arbeiten und bekamen dafür zu Essen. Es kam dabei aber leider auch vor, dass kleine Mädchen vergewaltigt

wurden. Es kam auch vor, dass russische Soldaten die Kinder erschossen oder einsammelten. So liefen die Wolskinder zwischen den Fronten hin und her. Sie wurden später nach Kriegsende in Waisenhäusern aufgenommen, konnten aber kaum ihre schulischen Defizite aufholen, sodass einige von ihnen Analphabeten wurden oder später nur gering bezahlte Arbeiten annehmen konnten, was wiederum dazu führte, dass sie auch geringe Renten beziehen oder bezogen. Es gab Tausende (ca. 3500) von Wolskindern, die zum Teil im Baltikum blieben, zum Teil in Russland, wobei die Russen sie

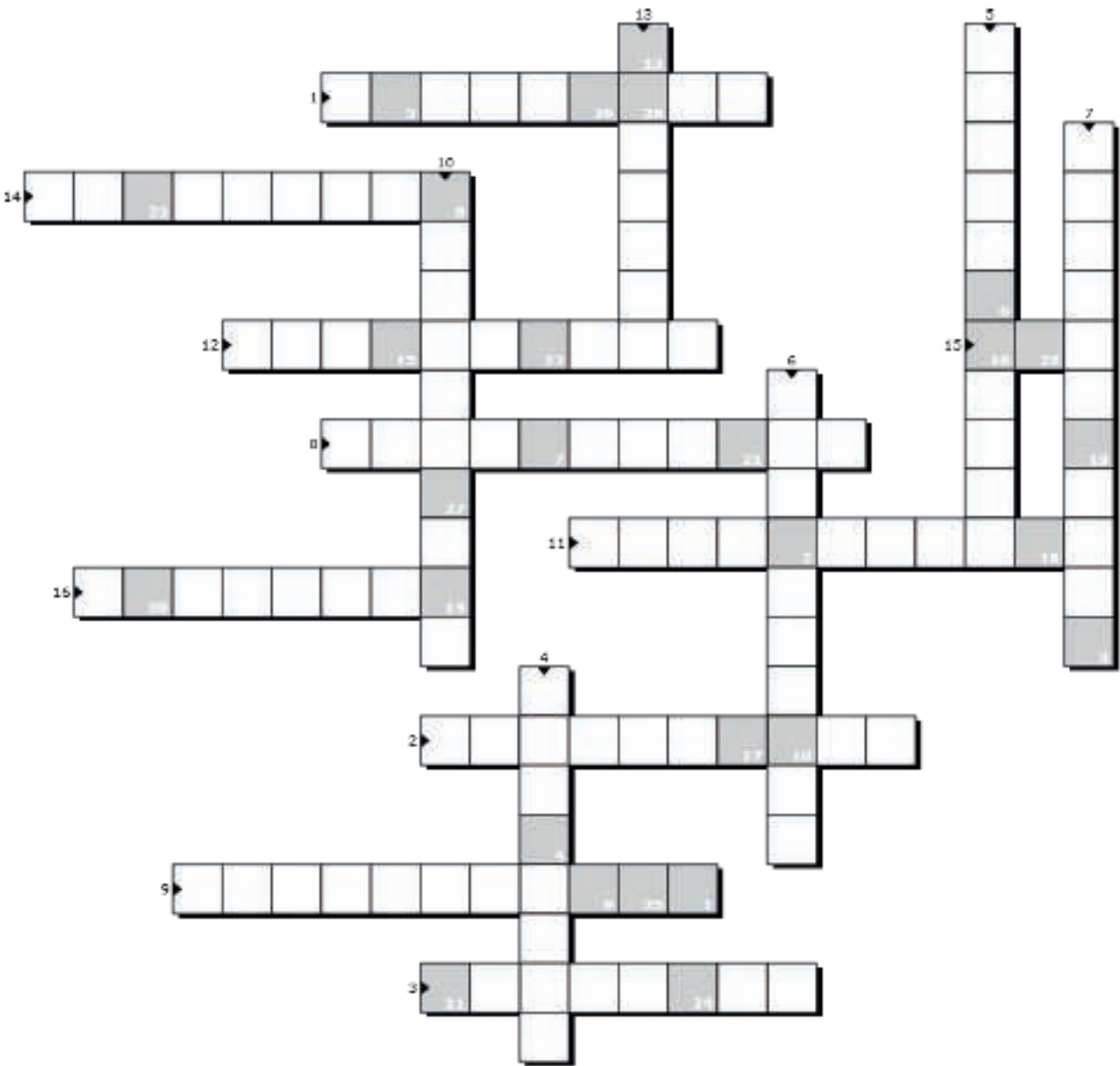
schnell loswerden wollten und sie nach Sachsen abgeschoben haben.

Die freie Journalistin Ingeborg Jacobs hat in ihrem Buch „Wolskind“ (2011, List-Verlag) das Schicksal von Lisabeth Otto, einem Wolskind, geschildert.

Wenn wir in den unzähligen Gedenkzeremonien an das Schicksal der verschiedenen Opfergruppen erinnern, sollten wir das der ostpreußischen Wolskinder nicht vergessen, denn diese Kinder stehen leider auch für die Kinder der Kriege in diesen Tagen. Das Nie-Wieder funktioniert offensichtlich nicht.

16 | Unterhaltung

Kreuzworträtsel



wir empfehlen...



KONTRAFUNK
Die Stimme der Vernunft

kontrafunk.radio

- 1. Ort politischer Debatten
- 2. Administration
- 3. Bürgervertretung einer Stadt
- 4. Bürgervertretung eines Kreises
- 5. Gesetzgebende Kraft
- 6. Erlass
- 7. Deutsche Verfassung
- 8. Organisation des menschl. Zusammenlebens
- 9. Überwindung des Kapitalismus
- 10. Grünes Wachstum
- 11. Gewählte Volksvertreter
- 12. Schwerwiegender Rechtsverstoß
- 13. Deikussion
- 14. Teil eines Wahlgebietes
- 15. demokratische Partei
- 16. Staat ohne Herrschaft

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Erstellt mit XWords - dem kostenlosen Online-Kreuzworträtsel-Generator
<https://www.xwords-generator.de/de>

Lösung auf Seite 5

Sudoku

Das Ziel dieses Logik-Rätsels ist das große 9×9-Gitter mit den Ziffern 1 bis 9 so zu füllen, dass jede Ziffer sowohl in jeder der 9 3x3-Einheiten genau einmal vorkommt – und ebenso in jeder 9-er Zeile und 9-er Spalte (waagrecht und senkrecht) jede Ziffer nur einmal vorkommt.

Viel Spaß dabei.

1	2	8	3					9
4			5			7	1	
		7		6		2		
		5						3
6					2	9	5	
	7							
9	5	2	1					
		1		5			4	
		3	2	8				5

		4	5	7		6		8
		8	6	1	9		4	
	6			8				5
	7			2	8			3
			9		7			1
5		9			1	4		7
6			8		5		2	
		5	1		2		7	
			7	9		1		

Erstellt auf <https://www.kompf.de/sudoku>